Nummer 20 — Hannover, 17. Mai 1930 — 39. Jahrgang.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

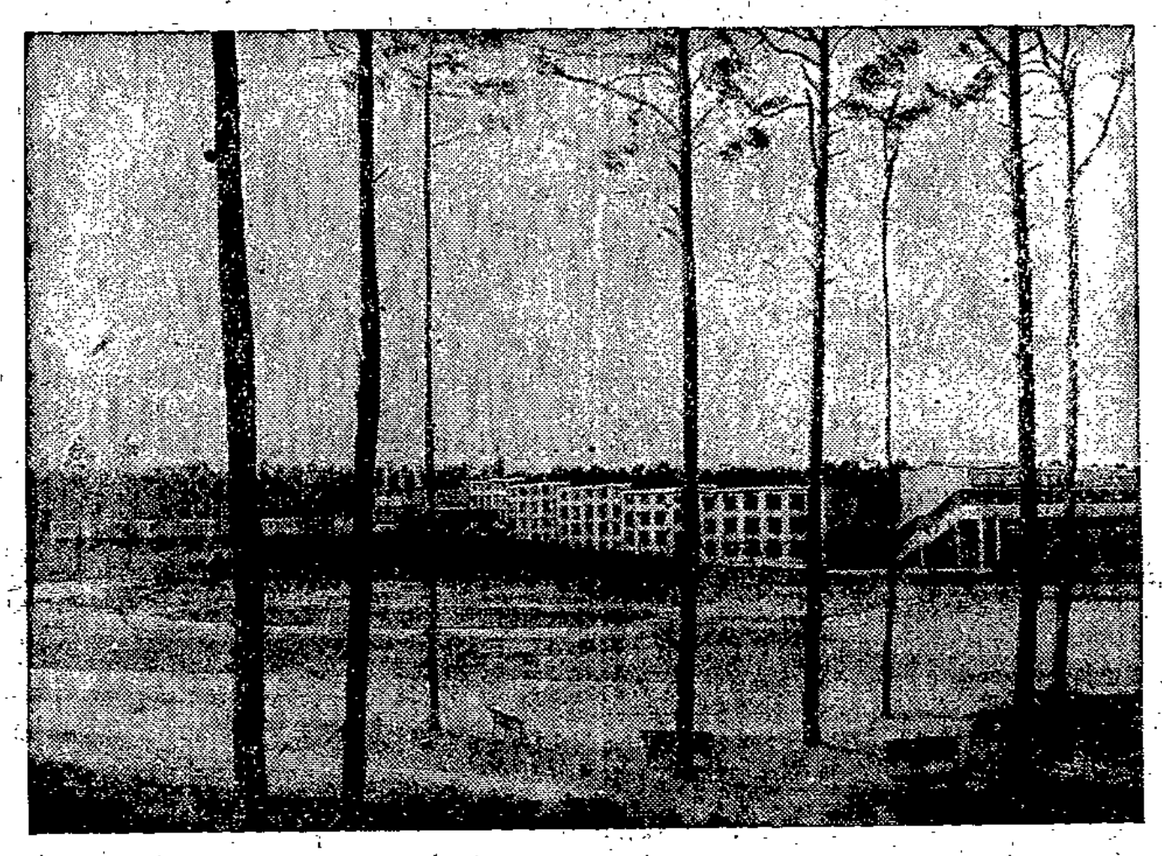
Die Eröffnung und Einweihung der Bundesschule in Bernau.

Am 4. Mai d. J. vollzog sich ein gewerkschaftliches Ereignis von Bedeutung. Die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau bei Berlin wurde eröffnet. Damit hat der ADGB. seine eigene Bildungsstätte geschaffen. Um es gleich vorweg zu sagen, die Bundesschule ist nicht etwa ein Erziehungsinstitut für die Gewerkschaftsmitglieder in landläufigem Sinne, sondern eine Anlage, bei der der Baumeister etwas völlig Neues schuf. Dies wird der Anlaß dafür sein, daß die Bundesschule ein Anziehungspunkt für alle Fachleute des Schul- und Erziehungswesens werden wird. Der Bau ist ein Muster zeitgemäßer Sachlichkeit und das Sinnbild zentralisierter Organisationskräfte. Die Menschen, die dort einige Wochen zum Studium verbringen, werden niemals in ihrem Leben die schönen Eindrücke los werden, die sie beim Aufenthalt in diesem Hause empfingen. Das Bauwerk fällt in seiner Aufmachung so aus dem Rahmen des Herkömmlichen, daß in vielen Äußerungen der Gäste darauf hingewiesen wurde, manches an der Schule sei unverständlich. Darin scheint gerade die Bedeutung mit zu liegen, daß die Schule als Bildungsstätte für die kommende Generation gelten kann. Bauherr und Baumeister mögen beim Entstehen der Absicht, die Schule so zu bauen, gerade daran gedacht haben.

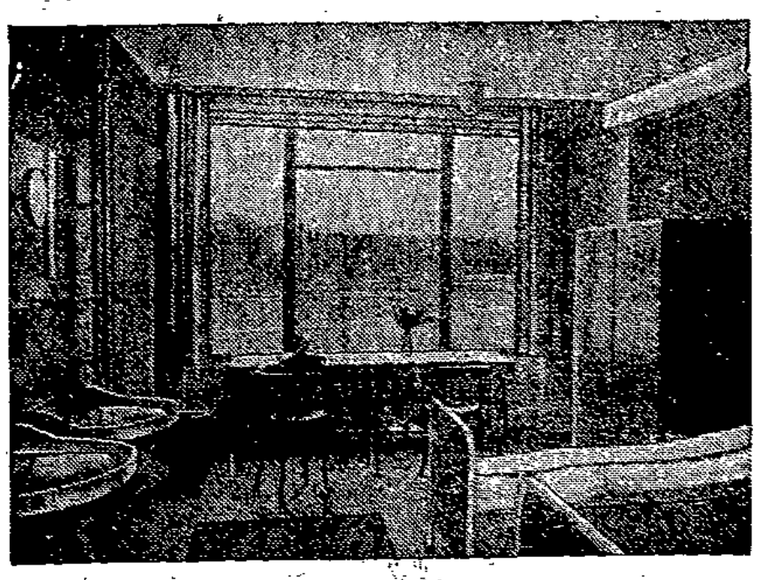
In der Bundesschule sollen nicht Gewerkschaftsführer herangezüchtet und ausgebildet werden, wie allgemein angenommen wird, sondern junge, aufnahmefähige Gewerkschaftsfunktionäre sollen dort geistige Anregungen empfangen und für die Gewerkschaftsarbeit weitergebildet werden. Auf Übermittlung von Wissen in umfassendem Maße kann bei dem Besuch der Bundesschule nicht gerechnet werden, denn dazu ist die Zeit eines Kursus von vier oder sechs Wochen viel zu kurz. Aber der Aufenthalt und die Anregungen in diesem Schulheim werden Kräfte auslösen, die zum Wohle der Arbeiterschaft fördernd wirken müssen.

Wenn nun auch die Lehrkräfte — ihr Name bürgt dafür: Leiter der Schule ist der frühere Direktor der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Genosse Dr. Seelbach — ihre große Aufgabe in der gleichen Richtung und nach dem gleichen Ziele erfüllen, dann wird die Schule eine Wirkungsstätte werden, von der eine erhebliche Anzahl praktisch tätiger Gewerkschaftsmitglieder, und damit die Bewegung selbst, einen großen Gewinn haben. Der Baumeister Hannes Meyer, gegenwärtig Leiter des Bauhauses in Dessau, war ja von dem Willen beseelt, etwas Einzigartiges und Neuzeitliches zu schaffen, ein organisch Ganzes, nur für seinen Zweck bestimmt, ohne irgendwelchen nebensächlichen Putz, ohne ablenkende Verzierung. Es ist ein sachlicher Zweckbau geschaffen worden, in dem sämtliche Baustoffe in ihrer Natürlichkeit wirken. Ziegel soll als Ziegel, Beton als Beton, Glas als Glas, Holz als Holz und Eisen als Eisen wirken. Mit Farben ist sparsam umgegangen worden. Alles soll möglichst natürlich wirken, so wie der Wald, der draußen die Schule umgibt, und so wie das Gras, die Blumen und die Sträucher, die draußen zu sehen sind. Die Gliederung des Baues ist auf den Bildern zu sehen, und wie die Räume eingerichtet sind, zum Teil auch. 120 Menschen können in den Aufenthaltsräumen untergebracht und bewirtet werden. Für Lehrer, Geschäftsführer und Helfer sind Wohnungen in der Nebenfront zur Schule gebaut. Schulräume, Turnhallen, Lese- und Bibliotheksäle, Speisehalle und Wohnzimmer sind technisch vollkommen eingerichtet. Alle bisherigen Erfahrungen wurden ausgenutzt und dementsprechend angewandt. Mit anderen Worten, die Schule ist eine Musterwerkstätte für gewerkschaftliches Erziehungs- und Bildungswesen, auf die der ADGB. stolz sein kann.

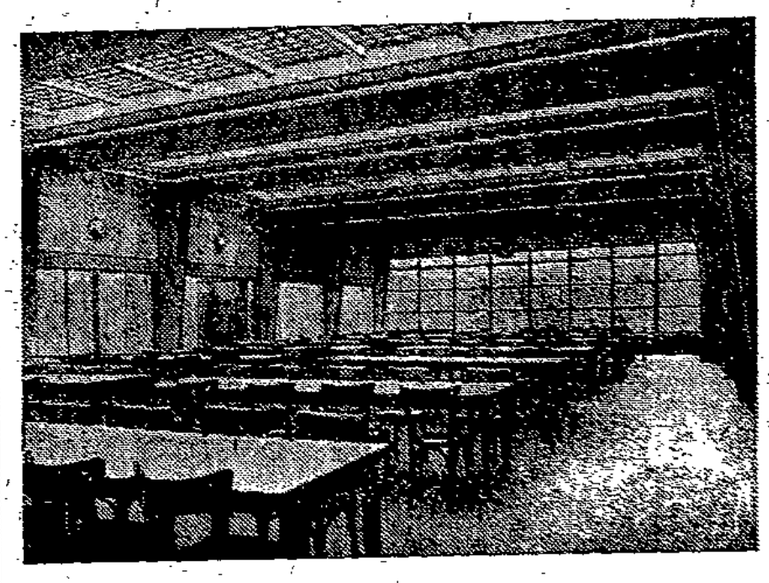
Hoffentlich bewährt sich auch alles so, wie es der Baumeister ersonnen und gestaltet hat.



Gesamtansicht der Bundesschule.



Schülerwohnzimmer.



Speisesaal.

Die Einweihung vollzog sich am Sonntag, dem 4. Mai, vormittags, bei herrlichstem Wetter. Über 300 Gewerkschaftsführer, Vertreter von Behörden und Gäste nahmen daran teil. Nur einem war es nicht möglich zu kommen, dem Kollegen Theodor Leipart, dem Hauptförderer des ganzen Planes. Kollege Peter Graßmann hielt die Festansprache, in der er all den Mitwirkern Dank abstattete. Als Ziel für die Ausbildung der ehrenamtlichen Funktionäre an dieser Schule gab er an, die Schüler und Schülerinnen sollen in den Kursuswochen eindringen in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und in den Wesenskern ihrer Organisation, und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge der mit uns im Bunde vereinigten Organisationen erkennen, dieser stolzen Armee von 5 Millionen Mitgliedern, die einen großen Heereskörper bildet und weiter von Landeszentrale zu Landeszentrale die großen tiefempfundenen täglich stärker und inniger werdenden Bindungen im Internationalen Gewerkschaftsbund. Diesem Ziel soll der Schulbetrieb dienen. Wir wollen in dieser Schule nicht Weltanschauungen bilden oder stärken. Wer zu uns kommt, hat eine Weltanschauung. Wir wollen hier eine Bildungsstätte schaffen für das Tatsächliche. Der Mensch, der zu uns kommt, soll die Dinge nicht sehen, wie wir sie wünschen, wie wir sie uns erhoffen, sondern wie sie sind. Er soll die eigenen Kräfte erkennen lernen, ihr Maß und ihre Grenzen, er soll erkennen lernen, was ihm an Widerständen gegenübersteht, weil er dementsprechend sich einstellen, weil er mit diesen Verhältnissen sich nicht abfinden, aber mit ihnen ringen muß.

Dann überbrachte Ministerialdirektor Dr. Sitzler die Grüße der obersten Reichsbehörden, namentlich des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministeriums, für die Preußische Regierung übermittelte der Staatssekretär des preußischen Handelsministeriums, Dr. Staudinger, die Glückwünsche. Ferner sprachen noch der Landrat des Kreises Niederbarnim, Schlemminger, der Vertreter der Stadt Bernau, Beigeordneter Hillig, Otto Wels für die Sozialdemokratische Partei, Stähr für den Afa-Bund und Sassenbach für den Internationalen Gewerkschaftsbund. Auch der Architekt Hannes Meyer hielt eine Ansprache, in der er die Art seines Schaffens erläuterte. Der ganze Bau enthält Empfangshalle, Aula, Speisesaal, Gesellschaftsräume, Verwaltungsbüro, Küche und Nebenräume, 60 Wohnzimmer (je zwei Schüler in einem Zimmer), Turnhalle, drei Klassenräume, zwei Seminarzimmer, Bibliothek, Lesehalle und Nebengelasse. Dem Licht, der Sonne und der Luft ist in allen Räumen größte Wirkungsmöglichkeit gelassen worden. Das Gebäude ist umgrenzt mit natürlichen Anlagen und ein kleines Schwimmbassin mit Stadion bietet die Möglichkeit für sportliche Betätigung. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die Bundesschule des ADGB. ein Anziehungspunkt und ein Wallfahrtsort für viele Gewerkschafter und Vertreter der Schul- und Erziehungswissenschaft werden wird.

Fabrik und Schule.

II.

Nun kommt es natürlich zur Hauptsache darauf an, was in der Schule getrieben wird. Bei einem Tischlerlehrling, einem Maschinenbauerlehrling, einem Malerlehrling weiß die Berufsschule ganz genau, was sie zu tun hat: sie knüpft an die Vorgänge des Berufs an, bringt Ordnung in die Gedankengänge, erweitert die praktische Lehre durch Zeichnen, Rechnen, Geschäftsaufsatz, Ausfüllung von Formularen, Werkzeugkunde, Werkstoffkunde, Maschinenkunde, Unterricht in Wirtschaftslehre, Staatsbürgerkunde und, wenn noch Zeit bleibt und der Lehrer tüchtig ist, Gesundheitslehre und allgemeine Lebenskunde, wozu auch die Besprechung allgemeinbildender Gebiete gehört. Bei allen gelernten Berufen läßt sich an das Berufsleben anknüpfen.

Aber für die Berufsschule der jugendlichen Fabrikarbeiter bieten sich hier erhebliche Schwierigkeiten. An welche Berufsarbeit soll der Unterricht anknüpfen? Man kann nicht gut aus der Schule einen Fabrikbetrieb machen. Außerdem ist bei den Jungen und Mädchen die Beschäftigung sehr verschiedenartig, so daß nur schwer an diese angeknüpft werden kann. Während der eine an dieser, der andere an einer anderen Maschine beschäftigt wird, müssen wieder andere Hilfsdienste der verschiedensten Art machen. Das Einheitliche ist nur der Betrieb, oftmals nicht einmal ein bestimmter oder eine bestimmte Gattung von Betrieben. Denn nebeneinander sitzen in derselben Klasse zumeist Jugendliche aus den verschiedensten Betrieben. Da gibt es am Orte Textil-, Gummi-, Farb- und Lack-, Fischverwertungs-, Maschinen-, Schokolade-, Kartonagenfabriken usw. Wollte der Unterricht an die tägliche Arbeit der Jugendlichen anschließen, dann müßte er den Betrieb als solchen, nicht aber einen bestimmten Betrieb behandeln, und das um so mehr, als der Wechsel der Arbeit von einer Fabrik zur anderen sehr häufig ist. Der Fabrikarbeiter muß sich schnell und leicht auf die verschiedensten Tätigkeiten umstellen können. Er bedarf eines hohen Grades von Gewandtheit und Geschicklichkeit.

Die großen Schwierigkeiten, ein interessierendes Gebiet i den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen, hab dazu geführt, daß die Fabrik als Betrieb im Unterricht w oder gar nicht erwähnt wird. Zumeist wissen auch die L und Lehrerinnen mit einem derartigen Unterrichtsstoff i anzufangen, weil sie selbst die Fabrik nicht oder genügend kennen. Sie sehen in ihr auch nichts Lebe notwendiges, sondern nur ein notwendiges Übel. Die bisherige Ausbildung der Lehrer, auch der Berufsschullehrer, läßt diesen Abstand erklärlich erscheinen.

Die Berufsschule für „Ungelernte" hat darum verschiedene andere Wege zur Lösung ihrer Aufgaben gesucht. Die älteste, heute aber schon meistens verlassene Lösung war die, allgemeinbildenden Unterricht zu erteilen, das heißt also, die Arbeit der Volksschule fortzusetzen und die unzweifelhaften Lücken der Schulbildung auszufüllen. Viel ist dabei nie herausgekommen. Schüler und Schülerinnen, besonders die ersteren, sind im Alter von 15 bis 17 Jahren im allgemeinen schulmüde, wenn ihnen die Schule nichts anderes bietet, als was sie als Kinder auch schon betrieben haben. Die Volksschule von heute ist ja auch gewiß kein Ideal einer Kinderschule für die Kleinen des Proletariats. Das fühlen diese Kinder im beginnenden Reifealter ganz stark, und darum lehnen sie eine solche Berufsschule, richtiger Fortbildungsschule, ab, auch dann, wenn durch allerlei interessante Nebeneinrichtungen, wie Jugendheime, Bücherei, Sport, Wandern, Basteln, die Schule sie stärker zu interessieren versucht.

Nur auf die Mädchen trifft diese Ablehnung nicht ganz zu; denn der Unterricht wird in ihren Berufsschulen auf Hauswirtschaft, Kochen, Nadelarbeiten, Kinder-, Säuglings- und Krankenpflege, daneben auf Literatur und allerlei nützliche oder angenehme Gegenstände gelegt. Das alles interessiert das Mädchen natürlich, weil es von diesen Dingen in späterer Zeit als Hausfrau oder Mutter Gebrauch machen kann, ja, vielfach schon unmittelbar nach Erlernung im Hausstande der Mutter. Das Problem, die Fabrik in einen organischen Zusammenhang mit der Berufsschule zu bringen, ist damit aber nicht gelöst; diesem Problem weicht eine solche Schule vielmehr ganz aus.

In einigen Städten hat man die Lösung dadurch versucht, daß man die jugendlichen Fabrikarbeiter mit Lehrlingen in die gleichen Klassen steckte. Das ist nur dort angängig, wo der Fabrikarbeiter und der Lehrling eine annähernd gleiche Tätigkeit ausüben, also etwa in der Metallindustrie, wo Jugendliche als Angelernte an der Maschine beschäftigt werden. Da jedoch der Unterschied zwischen Lehrling und Angelerntem bestehen bleibt, da andererseits der Unterricht in diesen Fällen immer auf den Lehrling eingerichtet wird, kommt der Angelernte nicht zu seinem Recht. Die Lösung ist jedenfalls nicht glücklich und wird darum von den allermeisten Schulen abgelehnt.

Eine andere Lösung geht darauf aus, die Wirkungen der einseitigen Fabrikarbeit durch die Schule zu bekämpfen. Da wird Spiel und Sport getrieben, was die Jugend im allgemeinen sehr gern hat, ja, sogar Ausgleichsübungen, die die einseitige Beanspruchung des jugendlichen Körpers im Betriebe berücksichtigen, da wird, wie in Frankfurt am Main und anderswo, Gartenarbeit betrieben, wobei der Aufenthalt in freier Luft und die gesunde Betätigung des ganzen Körpers im Verein mit den inneren Werten der Bodenbearbeitung und Pflanzenzucht zur Wirkung kommen soll, da wird auch durch eine mehr oder weniger ausgedehnte Jugendpflege manche Saite im Wesen des Jugendlichen berührt, die im Arbeitsleben und Familienleben vielleicht niemals angeschlagen werden würde. Dieser Schultyp ist schon erfreulicher.

Neuerdings hat nun ganz rasch in den großen Berufsschulen für ungelernte männliche Jugendliche die Werkarbeit ihren Einzug gehalten. Jede größere derartige Schule ist heute mit einigen Werkstätten ausgerüstet. Hier und da ist die Entwicklung zwar noch nicht so weit vorgeschritten, aber die Schaffung von Werkstätten steht unmittelbar bevor. Im allgemeinen wiegen Werkstätten für Holzbearbeitung vor. Daneben ist eine schon recht beträchtliche Anzahl von Werkstätten für Metallbearbeitung vorhanden, während sich die Werkstätten für Papp- und Papierarbeiten einschließlich Buchbinden noch selten finden. Auf einer Ausstellung, die 1929 in Frankfurt gezeigt wurde, und die von zahlreichen Berufsschulen für männliche Ungelernte beschickt war, konnte man die Ergebnisse der Arbeiten miteinander vergleichen.

Der Sinn des Werkunterrichts war anfangs der, eine Betätigung für die Jugendlichen in der Schule zu finden, die ihnen Freude machte. Daneben kam der Gedanke zur Geltung, daß Werkarbeit immer einen ganz hohen erzieherischen Wert hat, eine Idee, die bekanntlich auch in Volksschulen und in höheren allgemeinbildenden Schulen den Unterricht weitgehend umgestaltet hat und die auch in die Reichsverfassung aufgenommen worden ist. Es handelt sich dabei um den Grundsatz der Arbeitsschule, der bis zur Forderung der „Produktionsschule" entwickelt worden ist.

Nun kann der Werkunterricht in sehr verschiedener Art betrieben werden. Seine ursprüngliche Form war spielerisch. So wie das Kind im Hause aus den verschiedensten Stoffen Gegenstände formt, so soll das in der Schule auch geschehen mit dem Ziel, Materialien und Dinge in ihrer Beschaffenheit genauer kennenzulernen, Formensinn und Erfindungsgabe zu entwickeln, Hand und Auge zu schulen und diese Betätigung der Kinder zur Unterstützung des Unterrichts in den verschiedensten Fachgebieten zu verwerten. So begann man mit Malen und Zeichnen, mit Kneten und Formen aus Sand, mit Bauen aus Holz und Bausteinen, um allmählich zu den praktischen Übungen in Physik und Chemie und zum Basteln überzugehen. Immerhin, der Unterricht ist spielerisch und hat seinen Wert nicht in sich selbst, sondern nimmt eine dienende Stellung gegenüber anderen Unterrichtsaufgaben ein.

Neuerdings ist aus dieser Erkenntnis heraus der Werkunterricht umgestellt worden. Entsprechend dem reiferen Alter der Schüler und ihrem Streben, etwas Wertvolles zu schaffen, wird die Forderung nach werkgerechter Arbeitsleistung erhoben. Die Techniken, die erlernt werden, sollen zu einer Beherrschung im handwerksmäßigen Sinne führen. Das hat zu Auseinandersetzungen mit den Vertretern des Handwerks geführt, aber auch unter der Lehrerschaft eine Polemik hervorgerufen. Es läßt sich vieles für und manches gegen diese Art des Unterrichts sagen. Immerhin ist der junge Mensch mit spielerischer Werkarbeit nicht zufrieden, und das ist entscheidend. Hier und dort hat man auch Gartenarbeit in den Lehrplan eingefügt. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind noch dürftig und lassen ein endgültiges Urteil nicht zu. Die Lösung dieser Frage ist schwierig, weil die Unterbrechungen durch Ferien, weite Entfernungen und die geringe Zahl der Unterrichtsstunden störend sind.

Der Werkunterricht der zuletzt bezeichneten Art wird von den Schülern sehr begrüßt und hat ihr Verhältnis zur Schule stark verbessert. Er kann jedoch auf verschiedene Weise betrieben werden. Einige Schulen stellen ihn auf die „hausväterliche" Aufgabe ein, das heißt: die Schüler lernen Gegenstände herstellen, die im Haushalt verwendet werden können. Die Zahl der Aufgaben ist für die verschiedenen Techniken außerordentlich groß, so daß die Schule deshalb in Verlegenheit kommen muß. Sie legt großen Wert darauf, Ganzstücke anfertigen zu lassen, also Gegenstände, die wirklich verwendbar sind. Die Schüler lernen auf diese Weise, wertvoll ihre Freizeit im Hause auszufüllen.

Diese Zielsetzung des Werkunterrichts berücksichtigt nicht das Wirtschaftsleben, sie geht vielmehr auf sinnvolle Gestaltung der Freizeit hinaus. Eine Berufsschule soll jedoch die Berufsausbildung, die in der Werkstatt, in der Fabrik, im Kontor usw. stattfindet, sinnvoll ergänzen. Das tut dieser Werkunterricht nicht oder nur wenig. Gewiß, die allgemeine Schulung der Hand, des Auges, das Erlernen des Umgangs mit Werkzeug und Werkstoffen, das Verstehen und Anfertigen von kleinen Werkzeichnungen, die Achtung vor der im Arbeitsstück steckenden Leistung, das alles macht den jugendlichen Arbeiter auch für seine wirtschaftliche Tätigkeit brauchbarer; denn oft genug werden an ihn Anforderungen gestellt, bei denen er die im Werkunterricht erlernten Fähigkeiten und Kenntnisse anwenden kann. Aber auf seine wirtschaftliche Tätigkeit ist dieser Werkunterricht trotzdem nicht

Du hast

recht getan, daß du dich so intensiv an der Werbearbeit für unseren Verband beteiligtest und der Organisation zahlreiche neue Mitglieder zuführtest.

Du darfst

aber nicht denken, daß du nun genug geleistet hast und alles Weitere den „anderen" überlassen kannst. Wohl hast du deine Pflicht getan, aber

Du kannst

noch mehr tun. Die Agitation darf nie aufhören, Stillstand bedeutet auch in der Werbearbeit Rückschritt. Lasse deine bisherigen Erfolge ein Ansporn für dich sein, und

Du wirst

in neuer unermüdlicher Tätigkeit für deinen Verband erreichen, was in der gegenwärtigen Zeit der Kämpfe mehr denn je notwendig ist, nämlich

unsern Verband stärken und ausbauen!

eingestellt. Ob das sehr nötig ist, kann fraglich erscheinen, da der häufige Arbeitswechsel eine sinnvolle Gestaltung des Werkunterrichts mit Rücksicht auf die Tätigkeit der Jungen im Betriebe kaum zuläßt. Außerdem wird ein ausgiebiger Unterricht in Wirtschaftskunde erteilt, in dem die allgemeinen, überall wiederkehrenden Erscheinungen des Wirtschaftslebens eingehend besprochen werden.

Immerhin haben einige Schulen den Versuch gemacht, ihren Werkunterricht mit der Betätigung der Jungen im Betrieb zu verbinden. So läßt man in der Düsseldorfer Schule Arbeitsvorgänge aus der Eisenindustrie üben. Die Gegenstände, die hergestellt werden, sind Teilstücke und können nicht verwendet werden. Man hat den Eindruck, daß die Jungen in der Schule angelernt werden, um sofort brauchbare Industriearbeiter zu werden. Dazu ist die Berufsschule nun eigentlich nicht da; denn wenn die Industrie derartige Kräfte braucht, soll sie sie auch selbst anlernen und die Kosten dafür tragen. Auch die Berufsschule für Ungelernte in Essen berücksichtigt in ihrem Lehrgang für Werkunterricht die Fabriktätigkeit ihrer Schüler.

Ein richtiger Grundgedanke steckt in dieser Art des Werkunterrichts: die Absicht, den Unterricht der Schule in eine innere Verbindung zu der wirtschaftlichen Betätigung der Jungen zu bringen. Für handwerkliche Berufe ist das ohne weiteres möglich und geschieht allgemein. Für Fabrikarbeiter ist das sehr viel schwieriger.

Und hier taucht die große Frage auf: ob die Fabrik von heute oder die Fabrik von morgen tatsächlich so in den Mittelpunkt alles Denkens und Tuns des Fabrikarbeiters gestellt werden kann, daß bis auf einen kleinen Bruchteil aller Lebensäußerungen, Lebensfunktionen und Wünsche die Fabrik sämtliche Bedürfnisse des Arbeiters befriedigt, daß somit die Fabrik mit ihrem Getriebe den Arbeiter körperlich, geistig und seelisch so gut wie ganz ausfüllt. Damit kommen wir auf das Berufsproblem der Gegenwart.

Karl Marx schreibt in seinem berühmt gewordenen Aufsatz „Lohnarbeit und Kapital" im Jahre 1849: „Seine (des Arbeiters) Lebenstätigkeit ist für ihn also nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben. Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr ein Opfer seines Lebens, sie ist eine Ware, die er an einen Dritten zugeschlagen hat. Das Produkt seiner Tätigkeit ist daher auch nicht der Zweck seiner Tätigkeit. Was er für sich selbst produziert, ist nicht die Seide, die er webt, nicht das Gold, das er aus dem Bergschacht zieht, nicht der Palast, den er baut. Was er für sich selbst produziert, ist der Arbeitslohn, und Seide, Gold, Palast lösen sich für ihn auf in ein bestimmtes Quantum von Lebensmitteln, vielleicht in eine Baumwolljacke, in eine Kupfermünze und in eine Kellerwohnung. Und der Arbeiter, der zwölf Stunden webt, spinnt, bohrt, dreht, baut, schaufelt, Steine klopft, trägt usw. — gilt ihm dies zwölfstündige Weben, Spinnen, Bohren, Drehen, Bauen, Schaufeln, Steineklopfen als Äußerung seines Lebens, als Leben? Umgekehrt. Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett. Die zwölfstündige Arbeit dagegen hat ihm keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als Verdienen, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt."

Hier wäre die Frage zu stellen, ob dem auch heute noch so ist. Der Fabrikarbeiter weiß das selbst am besten und wird es auch heute noch restlos bejahen. So sehr die Fabriken sich auch inzwischen gebessert haben und so sehr die Arbeit in ihnen gegen die Zeit vor einigen Menschenaltern angenehmer geworden sein mag — rein äußerlich gesehen —, so wenig ist die Fabrik imstande gewesen, zur Zentrale für das Seelenleben des Arbeiters zu werden. Sehen wir ganz davon ab, daß die Fabrik für den Lohnarbeiter die sichtbare Verkörperung seines gefährlichsten Gegners, des Privatkapitals, ist, so kann auch dann, wenn dies nicht der Fall wäre, die Fabrik nicht einmal die Wünsche und Strebungen des primitivsten Arbeiters befriedigen; denn jede Fabrik ist einseitig und muß einseitig sein; der Mensch aber ist vielseitig und wird neben dem Erwerbsleben immer noch ein privates Leben führen oder doch führen wollen, ein Leben, das er sich möglichst nach eigenen Wünschen gestalten will.

Auch die Fabrik von morgen wird daran nichts ändern. Ich denke an die Fabrik in einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation. Zwar wird der Fabrikarbeiter in ihr nicht mehr den gefährlichsten Feind seiner Existenz sehen, nicht die Verkörperung einer übergeordneten gefährlichen Macht; zwar wird er noch mehr als heute die Technik bewundern und stolz auf die wunderbaren Leistungen von Menschenhirn und Menschenhand sein; aber er wird den Zweck seines Daseins nicht in der Fabrikarbeit sehen. Umgekehrt wird die Fabrikarbeit ihm nur ein Mittel zum Zweck sein, ein Mittel zum Leben, zum Erwerb des Lebensunterhalts. Er wird sicher die Fabrikarbeit verrichten ohne das drückende Bewußtsein einer Sklaverei und wird dieser Arbeit eine gewisse Wärme und Zufriedenheit entgegenbringen. Aber sein ganzes Menschentum mit allem und dem Besten, was er hat, wird er ihr nicht geben können. Darum ist ein Berufsschulunterricht, der die Jungen nur für das Fabrikleben schulen soll, abzulehnen.

Aber die Berufsschule kann ein anderes tun, was für die jungen Fabrikarbeiter von größtem Nutzen ist. Sie kann ihnen — neben einem Werkunterricht, der den Jungen Freude macht und ihre Fähigkeiten entwickelt, besonders auch ihre Gewandtheit und Geschicklichkeit — eine eingehende Kenntnis des Wirtschaftslebens und des staatlichen Lebens schlechthin gewähren. Auf diesen Gebieten liegen die besonderen Unterrichtsaufgaben der Berufsschule für Fabrikarbeiter. Der Lehrplan muß die Entstehung und die heutige Organisation des Wirtschaftslebens und seiner einzelnen Zweige behandeln, er muß in diesem Zusammenhange auch die Stellung der Industrie und der Fabrik aufzeigen, er muß die Geschichte und die Lage der Lohnarbeiterschaft und besonders der Fabrikarbeiter betrachten, die Arbeiterschutzgesetzgebung, das soziale Versicherungswesen, Entstehung, Geschichte, Sinn und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, die Form und die Bedeutung des Kapitals, den Kreislauf der Wirtschaft, die in der Wirtschaft wirkenden Machtfaktoren. Der junge Fabrikarbeiter muß schon in seiner Schule einen Einblick in das Kräftespiel der heutigen Wirtschaft erhalten, so daß er ihm mit größerer Klarheit und mit größerer Sicherheit gegenübersteht als die vorige Generation.

Unmittelbar hängt damit die staatsbürgerliche Bildung zusammen. Wirtschaft und Staat sind heute untrennbar miteinander verknüpft. Der Aufbau des Staates, seine Organe, seine Funktionen, die politischen Parteien, die Presse, der politische Tageskampf sind Gegenstände, mit denen der junge Fabrikarbeiter schon in seiner Schule befaßt und vertraut gemacht werden muß. Einzelheiten anzuführen, ist unnötig.

Natürlich kann ein solcher Unterricht nur von Lehrern erteilt werden, die am Schicksal des heutigen Fabrikarbeiters stärksten Anteil nehmen. Die Schule darf nicht zur Propagandastätte für die Lobredner des Kapitals oder für die Geistlichkeit werden, wie es leider an vielen Orten der Fall ist. Der Fabrikarbeiter versteht die Welt nur aus seiner eigenen Lage heraus, und wenn der Berufsschullehrer, der junge Fabrikarbeiter unterrichten will oder unterrichten muß, an die Erfahrungen und an das noch unentwickelte Weltbild seiner Schüler anknüpfen will, dann muß er selbst ein solches Weltbild haben und verstehen.

Das ist vielleicht die schwerste Aufgabe, die noch zu lösen ist: die Gewinnung und Schulung der für diese Aufgabe befähigten Lehrkräfte. Die Gewerkschaften haben alle Ursache, gerade diese Aufgabe mit größter Wachsamkeit und Tatkraft anzupacken; denn es handelt sich um die Schulung ihres eigenen jungen Nachwuchses, dessen beste Kräfte in den aktiven Dienst der Gewerkschaften hineingezogen werden müssen.

Johannes Schult (Hamburg).

Ein „Roter Sieg".

Zu den Betriebsratswahlen in der Zelluloidfabrik Eilenburg wurde, wie es auch in den vergangenen Jahren bei den Betriebsratswahlen üblich war, von den Vertrauensmännern der im Betriebe vertretenen freien Gewerkschaften eine Vorschlagsliste zusammengestellt.

Durch die Vorschlagsliste war im allgemeinen die bisherige Besetzung im Betriebsrat auch für die neue Periode vorgesehen. Neben dieser Liste stellten noch die Christlichen eine Liste auf. Recht verwundert war ein Teil der Arbeiterschaft des Betriebes, als die ausgehängte Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften eine andere Bezeichnung enthielt. Aus der freigewerkschaftlichen Liste hatte man im Handumdrehen durch entsprechende Änderung eine Liste der Gewerkschafts-Opposition gemacht. Der für diese Änderung verantwortliche Betriebsratsvorsitzende Lenne lehnte es ab, die ursprüngliche Bezeichnung: „Liste der freien Gewerkschaften" wieder herzustellen. Zur Einreichung einer neuen Liste gab es keine

Möglichkeit mehr, so daß also neben der christlichen Liste nur die zwar ursprünglich als freigewerkschaftliche Liste aufgestellte, aber von der sogenannten Opposition umfirmierte Liste zur Wahl stand. Der Ortsausschuß des ADGB hatte deshalb in letzter Stunde noch Wahlenthaltung empfohlen. Durch dieses hinterhältige Manöver der „Opposition" ist erreicht worden, daß man im „Klassenkampf" über einen „roten Sieg" in der Zelluloid-Fabrik Eilenburg berichten konnte. — Die Sache hatte inzwischen ein gerichtliches Nachspiel. Durch Entscheidung des Arbeitsgerichtes ist die Wahl für ungültig erklärt. — Die Opposition (der Betriebsratsvorsitzende Leune und Genossen) bestreitet den Verbandsinstanzen gegenüber, daß sie durch diese Manipulation die Verbandssatzungen verletzt hätte, und behauptet, ihr Tun stelle eine gewerkschaftsschädigende Handlung nicht dar. Sie behauptet ferner, die Bezeichnung der Liste als Oppositionsliste solle nicht bedeuten, daß sie in Opposition gegen den Verband und die Richtlinien des ADGB ständen, sie seien nach wie vor Bekenner des Verbandsstatuts, der Richtlinien der ADGB und der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse. Mit der Bezeichnung „Opposition" hätten sie lediglich einen Trennungsstrich gegen die Christlichen und deren Liste ziehen wollen. Was ist nun richtig? Ist die Opposition gegen die freien Gewerkschaften? Ist die Opposition gegen die Christlichen?

Nach dem Bericht im „Klassenkampf" zu urteilen ist die Opposition gegen die freien Gewerkschaften, denn dort ist über die Wahl berichtet als „roter Sieg auch in der Deutschen Zelluloid-Fabrik Eilenburg" und dabei auch vermerkt: „der reformistische Ortsausschuß, der keine eigene Liste zustande gebracht hatte" usw. Und auch in Nr. 5 des „Fabrik-Proleten" wird die Wahl als „ein Sieg gegen die sozialfaschistische Bürokratie" gefeiert. Wir haben also das interessante Schauspiel: In Eilenburg behaupten die Führer der Opposition (und haben auch zugestimmt, daß diese Behauptung öffentlich verwertet werden soll), daß ihre Opposition sich lediglich gegen die Christlichen richte, und in der KPD.-Presse wird behauptet, die Opposition richte sich gegen die Führung der freien Gewerkschaften und das Wahlergebnis sei ein „roter Sieg" und eine Niederlage der sozialfaschistischen Bürokratie.

Nach unseren Wahrnehmungen ist folgendes richtig: Die KPD. brauchte „rote Siege". In Eilenburg hat es die Opposition entgegen der ausgegebenen Parole nicht riskiert, eine eigene Liste aufzustellen. Durch die Vorwürfe, die daraufhin von der KPD. erfolgt sind, hat man sich dazu verleiten lassen, die freigewerkschaftliche Liste beim Aushang einfach als Oppositionsliste zu bezeichnen. Um diese verwerfliche Handlung zu entschuldigen, sagt man, im Gegensatz zur KPD.-Presse, man stehe nur in Opposition gegen die Christlichen. Man kann neugierig sein, was die KPD.-„Gewerkschaftszentrale" zu dieser Deklaration sagt.

Der Jahresbericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung legt ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1929 vor. Es wird ausführlich dargestellt, wie die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes entstand und welche Auswirkungen sie hatte. Im Jahresdurchschnitt waren 1,9 Millionen Arbeitsuchende und 1 275 000 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden. Neben den Einflüssen der Witterung, der Saisonschwankungen und des Konjunkturrückganges tragen strukturelle Veränderungen der Bevölkerung wesentlich zu diesem Gesamtbild bei: Zunahme der Gesamtbevölkerung (nahezu 4 Millionen Köpfe), veränderter Altersaufbau (7 Millionen Menschen mehr im erwerbsfähigen Alter), Umordnung der sozialen Schichtung (Zuwachs der Arbeitnehmerzahl in 4 Jahren um 2,8 statt um 1 Million) und insbesondere scharfer Andrang von Frauen zum Arbeitsmarkt. Eine entsprechende Erhöhung im Angebot von Arbeitsplätzen steht dem nicht gegenüber. Immerhin gelang es, die Zahl der erzielten Vermittlungen von 6 206 000 im Vorjahr auf 6 258 000 zu steigern. Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge litt unter den Schwierigkeiten der finanziellen Lage. Immerhin konnte sie insgesamt rund 14 772 000 abgeleistete Tageswerke in der Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 30. September 1929 verbuchen. Die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt haben sich folgendermaßen entwickelt: Während die eigenen Gesamteinnahmen 890,2 Millionen betrugen, beliefen sich die Ausgaben auf 1 267 000, von denen 1092 Millionen auf den Unterstützungsaufwand, 40 Millionen auf Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und 26 Millionen auf den Aufwand der Reichsanstalt für die berufsübliche Sonderfürsorge entfallen. Die Kosten der Arbeitsämter, Landesarbeitsämter und der Hauptstelle beliefen sich auf 108 Millionen, d. h. 6,85 Prozent der gesamten Ausgaben. In letzterer Summe sind 43 Millionen Mk. enthalten, die auf die Kosten der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung entfallen.

Kürzlich machte der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup, bemerkenswerte Mitteilungen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Reform der Arbeitslosenunterstützung. Aus den Beitragseingängen, die beim jetzigen Satz von 3½ Prozent auf 1015 Millionen zu schätzen sind, kann die Reichsanstalt im Jahresdurchschnitt etwa 980 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgen. Über weitere 200 Millionen Mark kann die Reichsanstalt nach dem Gesetz vom 28. April 1930 mit Sicherheit verfügen, und zwar über 150 Millionen Mk. Reichszuschüsse und 50 Millionen Mk. aus der Industrieumlage, während der weitere mögliche Zuschuß von 30 Millionen Mark aus dem Lohnsteueraufkommen als unsicher zu betrachten ist. Insgesamt würden diese Mittel die Versorgung von 1 170 000 Hauptunterstützungsempfängern im Jahresdurchschnitt sichern, also nahezu die Zahl, die bei den Haushaltsberatungen zugrunde gelegt wurden. Es liegt allerdings sehr nahe, daß diese Grenze einer Durchschnittszahl von 1,2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern im laufenden Jahre weit überschritten wird. Bestätigen sich diese Befürchtungen, so müßte die Verschuldung der Reichsanstalt beim Reich wesentlich wachsen. Wenn das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 23. April 1930 dem Vorstand der Reichsanstalt die Aufgabe zuweist, im Verwaltungswege die erforderlichen Maßnahmen zum Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu treffen, so muß betont werden, daß diese Pflicht im Laufe des letzten Jahres bis an die Grenze des Möglichen erfüllt wurde. Der reine Unterstützungsaufwand belief sich nach Erhebungen Ende 1929 im Durchschnitt für den Monat und den Kopf des Hauptunterstützungsempfängers auf 80,86 Mk., der Gesamtaufwand auf 91,16 Mk. Die Novelle vom 12. Oktober 1929 wird die reinen Unterstützungsausgaben von 80,86 Mk. auf 76,04 Mk. je Kopf und Monat senken, d. h. auf etwas mehr als 1036 Mk. je Kopf jährlich, vorbehaltlich von Schwankungen infolge Veränderungen der Lohnverhältnisse.

Interessant war eine Mitteilung, welcher Beitragssatz von den einzelnen Landesarbeitsämtern aufzubringen gewesen wäre, um die Ausgaben zu decken. Hier ergibt sich folgende Reihe: Westfalen 3,3 Prozent, Südwestdeutschland 3,4 Prozent, Brandenburg 4,2 Prozent, Niedersachsen 4,6 Prozent, Sachsen 4,7 Prozent, Nordwestdeutschland 4,7 Prozent, Mitteldeutschland 5,2 Prozent, Hessen 5,4 Prozent, Bayern 5,7 Prozent, Pommern 7,4 Prozent und Ostpreußen 8,6 Prozent. Den höchsten Zuschuß erfordern also die rein agrarischen Provinzen. Die technische Rationalisierung hat den Arbeitsmarkt nicht unwesentlich beeinflußt. Diese wird nunmehr zu einem ersten Abschluß gelangt sein. Die Zusammenschlüsse der Unternehmungen und Betriebe haben ebenfalls sehr wesentlich auf den Arbeitsmarkt eingewirkt. Die Mittel- und Kleinbetriebe werden, wie von den Landesarbeitsämtern festgestellt wurde, massenhaft zusammengelegt. Die Reichsanstalt ist der Puffer der Rationalisierung. Präsident Syrup legte zum Schluß dar, daß angesichts dieser Verhältnisse die Allgemeinheit zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung beitragen müsse. Die Hilfe der Allgemeinheit müsse der Arbeitslosenversicherung namentlich in Krisenzeiten zur Verfügung stehen.

Nach der politischen Umwälzung die soziale Neugestaltung.

. . . Aber die politische Revolution ist nur die halbe Revolution. Sie hebt die politische Unterdrückung auf, aber sie läßt die wirtschaftliche Ausbeutung bestehen. Der Kapitalist und der Arbeiter — sie sind rechtlich einander gleich, sie genießen gleiche politische Rechte, aber darum bleibt doch der eine Herr von Fabriken und Bergwerken, der andere arm und schutzlos wie eine Kirchenmaus.

Die politische Revolution hebt die wirtschaftliche Ausbeutung nicht auf, sie macht sie vielmehr erst recht fühlbar. Haben wir dazu die Allgewalt des Kaisers gestürzt, um der Allgewalt des Kapitalismus unterworfen zu bleiben? Haben wir dazu die Herrschaft der Generale, der Bürokraten, der Feudalherren gebrochen, um Knechte von Bankdirektoren, Kartellmagnaten, Börsenrittern zu bleiben? So fragen die Arbeitermassen. Die halbe Revolution weckt den Willen zur ganzen. Die politische Umwälzung weckt den Willen zur sozialen Neugestaltung. Der Sieg der Demokratie leitet den Kampf um den Sozialismus ein.

Otto Bauer („Der Weg zum Sozialismus", Verlag Wiener Volksbuchhandlung).

Die Arbeitslosenversicherung wird noch auf Monate hinaus im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Die Reichsanstalt hat bisher so gut und so schlecht es ging die Verhältnisse zu meistern versucht. Ob sie das auch in der Zukunft kann, steht dahin. Der Bundesausschuß des ADGB. hat deshalb in seiner letzten Sitzung Vorschläge gemacht, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können. Dazu gehört neben der Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues. Weiter ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot; der Bundesausschuß fordert die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer.

Frauenfragen.

Müttерfürsorge und Krankenkassen.

Im Preußischen Wohlfahrtsministerium fanden in letzter Zeit verschiedene Besprechungen über einen Ausbau der Fürsorge für die Mütter statt. Es handelt sich darum, Mittel und Wege zu finden, insbesondere der kinderreichen Mutter, deren körperliche Gesundheit und deren geistige Spannkraft durch die häufigen Geburten, durch die Belastung mit Haushaltungsarbeit und teilweise sogar noch mit beruflichen Pflichten geschwächt ist, zu einem mehrwöchigen Erholungsaufenthalt in gesunder Umgebung zu verhelfen, um ihre Kräfte für die große Aufgabe der Kindererziehung zu stärken. Diesen Plan wird jeder begrüßen, der die proletarische Mutter, die zwei- oft dreifach belastete, ewig abgehetzte, von Arbeit und Sorge niedergedrückte, kennt, der weiß, wie stark die Pflege und Erziehung der Kinder unter der Müdigkeit und Verdrossenheit solcher Mütter leidet. Jedes Bestreben, auf diesem Gebiete wirklich etwas zu leisten, verdient Unterstützung. Es muß dabei aber mit aller Deutlichkeit betont werden, daß die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, daß die Krankenversicherung hier auch schon manches geleistet hat, wenn auch unter anderem Namen und ohne viel Worte darum zu machen.

Sowohl die weiblichen Versicherten — gerade kinderreiche Mütter müssen ja bekanntlich aus wirtschaftlichen Gründen häufig berufstätig sein — als vielfach auch die Ehefrauen der Versicherten finden, wenn ihr Gesundheitszustand es notwendig erscheinen läßt, Aufnahme in den Genesungs- und Erholungsheimen der Krankenkassen. An dieser freiwilligen Mehrleistung der Krankenkassen sind sogar die Frauen in besonders starkem Maße beteiligt. So entfallen nach der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen für das Jahr 1928 gefertigten Statistik auf 100 weibliche Versicherte 37 Verpflegungstage in Kur- und Genesungsheimen, gegenüber 26 bei den männlichen Versicherten. Dazu kommen noch 20 Verpflegungstage für Familienangehörige auf je 100 Versicherte.

Gewiß, die knappen Mittel gestatten auch hier noch nicht, alles zu tun, was zum Wohle der Mütter und damit zum Wohle des künftigen Geschlechts notwendig wäre. Sicher ist es auch wünschenswert, daß die Krankenkassen unter den neuen Gesichtspunkten diesem Zweige ihrer Tätigkeit noch erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß sie schon bisher das meiste an praktischer Arbeit auf diesem Gebiete geleistet haben.

Jugendbewegung.

Bericht über die Reichskonferenz der SAJ.

Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands hatte für den 18. und 19. April 1930 ihre 8. Reichskonferenz einberufen. 1[illegible] stimmberechtigte Burschen und 14 stimmberechtigte Mädel waren dem Rufe nach dem alten Städtchen Lüneburg gefolgt. Im großen Saale des Volkshauses wurde die Konferenz von dem Genossen Ollenhauer eröffnet. Käthe Fröhbrodt (Berlin) erstattete den Geschäftsbericht. Die Zunahme in den letzten zwei Jahren betrug 7000 neue Mitglieder, so daß der Verband nunmehr die Zahl von 56 000 erreicht hat. Unsere Arbeit hat sich auch vertieft. Ein weiterer Fortschritt ist, daß man sich mehr und mehr bemüht, die 18- bis 20jährigen der Partei zuzuführen. Zu erwähnen ist noch die gute Zusammenarbeit in vielen Orten mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen. In einzelnen Orten ist man sogar zur Gründung von Kartellen geschritten, die ein Nebeneinanderarbeiten ausschalten.

Genosse Albrechts (Berlin) berichtet über die Unternehmungen des Verbandes. Er konnte nicht nur von guten Kassenverhältnissen, sondern auch von einem guten Umsatz des Arbeiterjugendverlages berichten. Die Zeitschriften haben eine Erhöhung der Auflage erfahren, und zwar „Die Arbeiterjugend" um 8000 und „Der Führer" um 650 Exemplare, so daß jetzt 53 000 „Arbeiterjugend" und 4750 „Führer" gelesen werden.

Unter den angenommenen Anträgen ist besonders wichtig der Antrag des Hauptvorstandes, in dem die Forderungen der arbeitenden Jugend wie folgt zusammengefaßt sind:

1. Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes, das den allgemeinen Jugendschutz, die Arbeitszeit und die Urlaubsfrage entsprechend den Forderungen der sozialistischen Jugendorganisationen regelt. 2. Ausreichende Hilfe für die erwerbslose Jugend, wobei auf weitestgehende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung besonderes Gewicht zu legen ist. Berücksichtigung der Jugendlichen unter 21 in der Krisenunterstützung. 3. Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes unter Berücksichtigung der Abänderungsvorschläge. 4. Durchbrechung des Bildungsmonopols der Besitzenden. 5. Förderung aller Bestrebungen zur Schaffung einer Erholungsfürsorge erwerbstätiger Jugendlicher durch Reich, Länder und Gemeinden. 6. Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung der Jugendpflege durch Länder und Kommunen. 7. Förderung des Baues von Jugendheimen.

Die Sonnabendarbeit wurde mit dem Referat des Genossen Ollenhauer „Unsere Aufgaben im Kampf um die Jugend" eröffnet. In einem eineinhalbstündigen Vortrag zeigte er den Weg der Jugend, wie sie immer mehr in den Vordergrund getreten ist und wie sich damit das Interesse an der Jugend immer mehr steigerte, bis es sich zu einem offenen Kampfe um die Jugend auswirkt. Überall räumt man heute der Jugend Rechte ein, die man ihr früher absprach. Diese Bestrebungen kann man nur verstehen, wenn man sich überlegt, daß die Jugend heute ein großer und wichtiger Faktor innerhalb unseres Volkes ist, den man nicht mehr übersehen kann. Bei der letzten Volkszählung hatten wir 9 Millionen junge Menschen zwischen 14 und 21 Jahren. In unserem Bevölkerungsausbau ist eine große Lücke entstanden durch den Krieg. Es fehlt die mittlere Generation. Dadurch kommen die jungen Menschen früher in entscheidende und verantwortliche Stellen. Daher schon von oben herab die erhöhte Bedeutung. Die Zahl der Schulentlassenen hat sich von 1,2 Millionen auf 650 000 vermindert. Diese Bevölkerungsmomente sind es, die das Interesse und den Kampf um die Jugend entfachen. In diesem Kampf spielt die erwerbstätige Jugend zwischen 14 und 18 Jahren eine große Rolle; die Zahl dieser Jugendlichen beträgt 7,2 Millionen. — Das Referat wird als Broschüre herausgegeben. Käthe Richter-Schm[illegible]

Gewerkschaftliches Jugendtreffen.

Die Jugendgruppen des Verbandes der Fabrikarbeiter von Nürnberg-Fürth haben über die Osterfeiertage der Verbandsjugend Weiden-Neustadt W./N. einen Besuch abgestattet.

Kollege Wagner behandelte in seiner Begrüßungsansprache die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Forderungen für die Arbeiterjugend. Ausgehend von dem Wort des Professors Sombart: „In der modernen Industrie muß der Arbeiter seine Seele in der Garderobe abgeben", behandelte er die große Gefahr des kapitalistischen Zeitgesetzes für den Aufstieg der menschlichen Kultur. Der Sprung vom Kind zum Industriearbeiter und der dem jungen Menschen innewohnende Geltungstrieb darf von den Erwachsenen nicht verkannt werden. Denn aus dem Geist von heute wird der von morgen, ebenso wie der Geist von heute aus dem von gestern geworden ist. Unsere Jugend wird der Träger des Geistes von morgen, sie wird in dem Lande leben, dessen Grenzen unser Fuß nicht mehr erreichen wird. Aber sie wird den Geist von heute in das Land der Zukunft mitnehmen. Der kapitalistische Zeitgeist ist verkörpert im Jagen nach Geld. Damit kauft er sich den Menschen, seine Würde, sein Gewissen — Kopf und Hand. Will der junge Mensch nicht ein Knecht der Fessel seiner Zeit bleiben, dann muß er durch die Schule der Gewerkschaft schrittweise zur geistigen Entwicklung geführt werden. Im Kampfe dieser Kulturmission benötigen wir auch die Mitarbeit unseres Jungvolkes. Diese geistigen Kräfte zu stählen und den Zusammengehörigkeitssinn in dem Herzen unserer Gewerkschaftsjugend zu vertiefen, ist Zweck und Aufgabe des Jugendtreffens.

Kollege Hermann (Nürnberg) dankte für die freundliche Aufnahme, die ihm und seinen übrigen Gästen in Weiden zuteil wurde. Es gilt die Freundschaftsbande, die anläßlich des Gaujugendtreffens in Rothenburg ob der Tauber im vorigen Jahre geschlungen wurden, noch enger zu knüpfen. Mit dem Feuereifer der Jugend ist es allein nicht getan. Der Gesichtskreis muß durch wirtschaftliche Erkenntnis erweitert werden.

Nach Schluß des Abends konnten die Gäste in Freiquartieren untergebracht werden. Wir danken auch an dieser Stelle für die erwiesene Gastfreundschaft bestens.

Der Aussichtsturm wurde bestiegen und dann der Marsch nach der Blockhütte am Fischerberg angetreten. Das Endziel des Tages war Neustadt, „Weißes Rößl".

Nachdem der Jugendleiter Konrad Kamm namens der Neustädter Ortsgruppe an die erschienen Gäste warme Worte des Willkommens gerichtet, ergriff Gauleiter Kollege Maier (Nürnberg) das Wort. Seine Ausführung gipfelte in der ernsten Mahnung zum geschlossenen Handeln. Freunde und Berater wollen wir unserer Jugend sein und bleiben. Reicher Beifall zollte die Versammlung diesen vortrefflichen Worten.

Der Ostermontag fand die Jugend wieder geschlossen in Weiden. In drei Gruppen ging es an die Betriebsbesichtigung der Ziehglasanlage. Mit lebhaftem Interesse verfolgten die Besucher die instruktiven Ausführungen über den Werdegang dieses Glases. Es muß der Direktion dieser Firma hoch angerechnet werden, daß sie sich um die Führung so aufmerksam bemüht hat und allen Teilnehmern umfassenden Einblick verschaffte. Nach der Betriebsbesichtigung und dem Mittagstisch geht es allmählich zum Aufbruch. Immer noch tönt mir das gemeinsame Abschiedslied in den Ohren: „Brüder, zur Sonne zur Freiheit — —".

Möge unser Jugendtreffen, verbunden mit seinen Beratungen, unserem Verband zum Segen gereichen, möge der Geist der Einigkeit und Brüderlichkeit immer so über uns walten, wie wir es während dieses Treffens gelobten, dann wird der Siegeslauf unseres Verbandes seinen Fortgang nehmen zum Wohle des einzelnen und der Gesamtheit.

Wirtschaftliches.

Die Entwicklung der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AG., die von den freien Gewerkschaften eingerichtet wurde und beherrscht wird, hat keinen Grund, über das Jahr 1929 zu klagen; ihr Aufstieg hat sich in starkem Maße fortgesetzt.

Entwicklung 1924—1929
in Millionen Mark.

	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Aktienkapital	0,75	4,00	4,00	4,00	12,00	12,00
Reserven	—	0,10	0,20	0,65	1,10	1,70
Einlagen laufend	3,94	8,10	15,41	21,59	32,90	39,81
Einlagen befristet	5,47	13,11	20,73	57,52	84,30	123,37
Zusammen	9,41	21,21	36,14	79,11	117,20	163,18
Gewährte Kredite	4,79	12,60	16,11	42,05	62,29	95,47
Wechsel u. unverz. Schatzanw.	0,26	1,61	3,98	5,53	3,93	6,06
Wertpapiere	0,38	2,13	3,63	6,30	11,99	13,13
Kasse u. Guthaben bei Banken	5,13	9,17	17,50	30,78	51,60	60,05
Umsatz	175,00	448,00	716,00	1350,00	2036,00	2787,00

Gewinnrechnung 1924—1929
in Mark.

	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Einnahmen	229 061	505 360	1 468 974	2 015 181	2 821 156	4 456 653
Unkosten und Steuern	80 505	306 463	616 901	1 139 332	1 750 648	2 366 850
Reingewinn	139 533	200 953	878 026	903 875	1 060 508	2 169 802
Dividende	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %

Die Gesamteinnahme der Einlagen ist im Jahre 1929 von 117,20 auf 163,18 Millionen Mark gestiegen. Diese Steigerung ist ein Beweis des immer größeren Vertrauens, mit dem in Arbeiter-Angestellten- und Beamtenkreisen die Deutsche Arbeiterbank rechnen darf. Man muß nämlich beachten, daß bei den Privatbanken überhaupt kaum eine Steigerung der Einlagen festzustellen war und daß die Arbeiterbank im Gegensatz zu den Privatbanken ausländische Gelder unter ihren Kreditoren überhaupt nicht hat. Die Zahl der Konten hat sich von 48 900 auf 66 661 erhöht. Die Summe der Spareinlagen ist im Verhältnis schneller gestiegen, als die Gesamtsumme der Einlagen. Der Anteil der Gewerkschaftsgelder hat nicht mehr in demselben Verhältnis zugenommen, in dem die Kreditoren überhaupt wuchsen. Immer stärker macht sich also der Zufluß von Spargeldern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen bemerkbar.

Bei der Verwendung der Gelder war man um noch größere Sorgfalt als in früheren Jahren bemüht. Verluste aus laufenden Kreditgewährungen — die laufend gewährten Kredite sind von 62,29 auf 95,47 Millionen Mark gestiegen — sind effektiv überhaupt nicht eingetreten. Unter den von 11,99 auf 13,13 Millionen Mark gestiegenen Wertpapieren sind Industrieaktien, mit denen Kursrisiken verknüpft sind, überhaupt kaum mehr enthalten. Die gesamten Einnahmen haben sich von 2,82 auf 4,46 Millionen Mark erhöht. Die Unkosten und Steuern sind nur von 1,75 auf 2,37 Millionen Mark gestiegen, so daß sich der Reingewinn mit 2,11 gegen 1,06 Millionen Mark im Vorjahr fast verdoppeln konnte. (10 Prozent Dividende). Die offenen Reserven werden um weitere 600 000 auf 2,3 Millionen Mark erhöht, so daß für das Jahr 1930 offene Reserven von mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals ausgewiesen werden.

Von den rund 95 Millionen Mark gewährten Krediten entfallen rund 56,6 Prozent an öffentliche Stellen, und zwar allein rund 44 Prozent an Kommunen. Rund 39 Prozent sind an Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft ausgeliehen, wobei wieder 28 Prozent allein auf Baugenossenschaften der Arbeiterschaft entfallen. Nur rund 4 Prozent kommen auf andere Kreditnehmer. Selbstverständlich hat die Arbeiterbank auch dem Wohnungsbau ihre besondere Sorge zugewendet; durch Zwischenkredite sind im Jahre 1929 mehr als 10 000 Wohnungen finanziert worden.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Verschmelzung der Verbände der Glasarbeiter und der Chemiearbeiter Österreichs.

Der Verband der Glasarbeiter Österreichs, dessen Mitgliederzahl 3300 beträgt und der durch die Zerstückelung des alten Österreichs stark gelitten hat, war seit dem letzten Verbandstag mit dem Gedanken beschäftigt, sich einer stärkeren und leistungsfähigeren Organisation anzuschließen. Wirtschaftliche Depression und Arbeitslosigkeit nahmen die Kasse der Organisation stark in Anspruch. Ferner wirkte der letzte Streik bei der Firma Stölzle Söhne zugleich stark für den Verschmelzungsgedanken. Während dieses Streiks war der Verband der Glasarbeiter gezwungen, die Unterstützung der gesamten Gewerkschaften Österreichs und auch der Internationale der Glasarbeiter in Anspruch zu nehmen. Der Streik konnte zu einem günstigen Abschluß gebracht werden.

Über ein Jahr dauerten die Verschmelzungsverhandlungen. Sie haben nun zum Abschluß geführt. Der Verband der Glasarbeiter faßte auf seinem Verbandstage, der am 27. April begann, folgenden Beschluß:

„Der am 27. April 1930 in Wien im Arbeiterheim „Favoriten" stattfindende fünfte außerordentliche Verbandstag der Glasarbeiter Österreichs beschließt, daß die Verschmelzung mit dem Verbande der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs auf Grund der im Gedächtnisprotokoll vom 12. Februar 1930 festgelegten Voraussetzungen mit dem 1. Juli 1930 durchgeführt wird."

Über den Verbandstag selbst lassen wir den nachstehenden Bericht folgen:

Der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Kollege Robert Pipelka, eröffnete den Verbandstag. Der Gesangverein der Glasarbeiter von Floridsdorf trug das „Trotzlied" von Seyfried vor.

Auf dem Verbandstag waren anwesend: 48 Delegierte, die 3300 Glasarbeiter Österreichs vertraten; außerdem sechs Vorstandsvertreter.

Als Gäste nahmen an der Tagung teil: der Verbandsvorstand des Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs, für den Fabrikarbeiterverband Deutschlands, den Keramischen Bund und die Glasarbeiter-Internationale Kollege Girbig (Berlin), aus Holland die Kollegen van Leersum und van Berg, aus der Tschechoslowakei die Kollegen Neumann, Tannwald und Strauß (Teplitz).

Die ausländischen Vertreter sprachen ihren Dank für die Einladung aus, und unser Kollege Girbig, der die Grüße der Internationale, des Hauptvorstandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und des Keramischen Bundes überbrachte, wies darauf hin, welche Vorteile die Glasarbeiter Deutschlands durch den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband gewonnen haben.

Kollege Pipelka gab einleitend seinen Rechenschaftsbericht und wies auf den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses hin, nach dem die Gewerkschaften beauftragt werden, starke Industrieorganisationen zu schaffen. Ferner besprach Pipelka die großen Kämpfe, die die Arbeiterschaft Österreichs auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu führen hatte. Die Gegensätze werden immer schärfer. Kapital und Arbeit stoßen hart aufeinander. Aus dieser Tatsache heraus der Gedanke der Verschmelzung. — Im Jahre 1919 waren nur 2200 Glasarbeiter in Österreich beschäftigt. Alle übrigen Glasarbeiter waren zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Industriellen gingen konzentrisch gegen die Organisation der Arbeiter vor, und der Kurs der Unternehmer nahm nach der Inflation besonders harte Formen an. Die gewaltige Arbeitslosigkeit nahm die Kräfte der Organisation voll in Anspruch. In den meisten Betrieben ist die Glasarbeiterschaft bis zu 100 Prozent organisiert.

Pipelka geht dann ausführlich auf die Verschmelzungsfrage ein und sagt: Mögen wir uns zu diesem Beschluß auch nur schweren Herzens durchringen, weil er die Preisgabe unseres eigenen, uns im Laufe vieler Jahre durch ein inniges Zusammenstehen in Not und Kampf liebgewordenen Verbandes bedeutet, so wissen wir doch, daß es das höhere Interesse aller Glasarbeiter und darüber hinaus der ganzen Arbeiterschaft erfordert, die Verschmelzung zu mächtigen Industriegruppenorganisationen durchzuführen, und wir werden daher als klassenbewußte Arbeiter einmütig für die Verschmelzung stimmen. Wohl geben wir durch die Verschmelzung den Namen und unser Eigenleben auf, wir werden dieses aber im Rahmen des großen Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs als selbständige Fachgruppe weiterführen. Wir sind überzeugt davon, daß wir bei diesen Genossen eine freundschaftliche Aufnahme finden werden. Dieser Aufnahme wollen wir uns dadurch würdig erweisen, indem wir uns in der bedeutungsvollen Stunde der Verschmelzung geloben, daß wir stets bereit sein werden, mit den Genossen und Genossinnen des Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs Schulter an Schulter in treuer Kampfgemeinschaft dem großen Ziele der Befreiung der Arbeiterklasse zuzustreben. Wir hoffen, daß wir mit der Industriegruppenorganisation auf diesem Wege leichter vorwärtskommen, und wenn unser Hoffen in Erfüllung geht, dann hat die Verschmelzung ihren Zweck erreicht.

Besonderen Dank sagen wir den Funktionären, die zur Zeit eine Funktion bekleiden, wie auch denen, die in den vergangenen Jahren in irgendeiner Funktion tätig waren. Gleichzeitig geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß sowohl die Funktionäre wie auch die Mitglieder mit derselben Treue in der neuen Organisation tätig sein werden.

Die kurze, sehr sachliche Diskussion brachte zum Ausdruck, daß alle Diskussionsredner sich auf den Boden der Verschmelzung stellten, und führte zu dem bereits eingangs erwähnten Beschluß.

Im Anschluß daran gab Kollege Belohradsky als Kassierer des Verbandes der Glasarbeiter den Kassenbericht. Der Verbandstag sprach den beiden Funktionären, dem Kollegen Pipelka als Vorsitzendem und dem Kassierer Belohradsky, für ihre aufopfernde Tätigkeit Dank und Anerkennung aus.

So treten denn am 1. Juli 1930 die 3300 organisierten Glasarbeiter Österreichs in den Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs mit seinen 35 000 Mitgliedern ein. Wir wollen hoffen, daß die Glasarbeiter Österreichs diesen Schritt nie bedauern und daß sie in der neuen Organisation ein starkes Schutz- und Trutzbündnis finden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist möglich und notwendig.

Unter dieser Überschrift erschien in der Nr. 16 unserer Verbandszeitung eine kurze Notiz über die Verkürzung der Arbeitszeit, die angesichts der großen Arbeitslosigkeit möglich und notwendig ist. Diese Ansicht wurde von uns schon in unzähligen Artikeln und Aussprüchen vertreten. Unsere Freunde von links wissen das wahrscheinlich nicht, oder sie haben nur den ersten Satz des in der Notiz in Nr. 16 des „Proletariers" angeführten Zitats gelesen, der von der Verkürzung des Arbeitstages auf weniger als acht Stunden im allgemeinen spricht. Anders läßt es sich doch nicht erklären, daß der „Mitteldeutsche Fabrikprolet", Halle, in seiner Nr. 5 über die Reformisten loszieht, die „noch in diesem Jahrhundert die Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden verkürzen wollen". Den folgenden Satz, der von der möglichen Verkürzung des Arbeitstages auf 5 Stunden spricht, hat der „Fabrikprolet" nicht gelesen — oder doch? Dann war es doch nicht ganz ehrlich, diesen Satz vom Fünfstundentag, der der wichtigste in diesem Artikel ist, zu unterschlagen. Aber es kommt dem „Fabrikproleten" wohl mehr auf die Wirkung als auf die Wahrheit an. In diesen nicht ganz reinlichen kommunistischen Methoden des politischen Kampfes sind uns die Schreiber des „Fabrikproleten" „über", in doppelter Beziehung sogar, das geben wir ohne weiteres zu.

Berichte aus den Zahlstellen.

August Preuß †.

Am 29. April 1930 starb nach sechs Monaten schwerer Krankheit das Vorstandsmitglied der Zahlstelle Köln, August Preuß.

Ein Kollege der alten Garde in der Gewerkschaftsbewegung, ein ehrlicher Kämpfer mit eisernem Pflichtgefühl ist von uns geschieden. Wo es galt, für den Verband zu werben, in der Fabrik, von Haus zu Haus, wo es galt, die Ziele des Verbandes in den Vordergrund zu stellen, da war unser August Preuß immer einer der ersten. 14 Jahre bekleidete er das Amt eines Unterkassierers im Bezirk Mülheim. Seit 1924 war er Bezirkskassierer in Mülheim, und auch auf diesem Posten war er ein Musterbeispiel besonderer Pflichterfüllung.

Im Betriebe der Firma Martin und Pagenstecher war er seit 18 Jahren als Vertrauensmann des Verbandes tätig. Durch das Vertrauen seiner Kollegen wurde er seit 1920 immer wieder in den Betriebsrat gewählt.

Ein alter Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft, ein eifriger Werber für den Verband, ein wahrer und aufrichtiger Freund hat die Augen für immer geschlossen. Wir werden in seinem Geiste weiterarbeiten.

Mainz. Niederlage der Christlichen. Die Nichtaufnahme eines christlichen Vertreters auf die Liste der freien Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen bei der Firma Köpp & Co. in Östrich veranlaßte die Christlichen zur Einleitung einer besonders großen Aktion. Ihre 12-Männer-Mitgliedschaft (von 450 im Betriebe beschäftigten Arbeitern sind 438 freigewerkschaftlich organisiert) sollten das Rennen machen. Weil aber nur geschickte Reklame zum Erfolg führen kann, wurde ein Geistlicher aus Östrich als Redner für eine Versammlung und für die Betriebsratswahl gewonnen. Mit Hilfe von Wort und Schrift in Kirche und auf Kanzel wurde zur Versammlung eingeladen mit dem Bemerken, daß jeder gute Christ diese Versammlung zu besuchen hätte. Als Referenten hatte man sich den Gauleiter Graf aus Frankfurt a. M. verschrieben. Das Thema lautete: Die wirtschaftliche Lage mit ihrer Auswirkung für die Arbeiterschaft. In Anbetracht der auf dem Plan erschienenen „großen Kanonen" wurde die Versammlung bis auf das bekannte Dutzend von unseren Mitgliedern besucht, im guten Glauben, etwas Vernünftiges zu hören. Grundsätzlich, so führte der Referent u. a. aus, unterscheiden wir uns von radikalen Elementen, verwahren uns aber auch gegen die Vorwürfe, Kapitaldiener zu sein. Die christlichen Gewerkschaften betreiben eine intensivere Wirtschaftsreform als die freien Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften seien religionsfeindlich. In allen ihren Büros hätte man Kirchenaustrittsformulare offen ausgelegt. Die freien Gewerkschaften seien alle sozialistisch, der Beweis dafür sei erbracht, indem ihre Organe zur Wahl für die Sozialdemokratische Partei aufrufen. Wie die freien Gewerkschaften weiter einzuschätzen seien, beweise ein Fall, der sich in Rüsselsheim bei dem Neubau eines Gewerkschaftshauses ereignet habe. Dort sei von der Firma Opel zu diesem Gewerkschaftshaus ein größeres Darlehen gegeben worden, wofür die freien Gewerkschaften der Firma Opel den Dank ausgesprochen hätten. Dieser Dank, so hätten die Vertreter der freien Gewerkschaften bereits angedeutet, wollen sie in erhöhterem Maße aussprechen, wenn Opel dieses Darlehen schenken wollte. In diesem Sinne sprach Graf in seinem „wirtschaftlichen Referat" eine ganze Stunde weiter. Unsere Kollegen waren über dieses wirtschaftliche Referat nicht wenig erstaunt und mit Recht über diese Verunglimpfungen ihrer Gewerkschaft empört. Nur dank der Anwesenheit einiger unserer führenden Kollegen konnte die Versammlung zum Abschluß gebracht werden. Als Diskussionsredner trat Herr Kaplan Schmitt hervor, der aber in seinen Ausführungen ganz vergaß, den christlichen Gauleiter Graf auf den Weg der christlichen Nächstenliebe zu verweisen. Der Erfolg der Versammlung war, wie vorausgesehen, daß bei der Betriebsratswahl, die am nächstfolgenden Tage stattfand, von 429 Betriebsangehörigen 363 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt hiervon 318 Stimmen, die Liste der Christlichen 33, während 12 Stimmen ungültig waren. Damit war die Niederlage der Christlichen besiegelt. Trotz des Gauleiters Graf und trotz der Hilfe des Kaplans Schmitt. Die Kollegen von Östrich und Umgebung lassen sich nicht mehr irre machen, dafür sind sie zu lange und zu gut organisiert. Sie wissen zu genau, daß sie durch ihre Geschlossenheit und unter der Führung des Verbandes der Fabrikarbeiter wesentliche Fortschritte und Verbesserungen ihrer Lebenslage zu verzeichnen haben.

Verbandsnachrichten.

Für die mir anläßlich meines 25jährigen Dienstjubiläums in so reichem Maße zuteil gewordenen Gratulationen und Ehrungen sage ich hiermit allen Kolleginnen und Kollegen meinen herzlichsten Dank! Otto Frenzel.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Jakob Weinmann wurde das Mitgliedsbuch gestohlen. Das Buch trägt die Nummer 1 002 638 und muß zurückbehalten und an den Hauptvorstand eingesandt werden, wenn es von Unberechtigten vorgezeigt wird.

Die Zahlstelle Heilbronn

sucht für spätestens 1. Juli einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Hervorragende Kenntnisse in der Kassenführung und Agitation sind unbedingt erforderlich.

Bewerbungen sind unter Angabe der seitherigen Tätigkeit bis spätestens 1. Juni 1930 an die Adresse Georg Geiger, Heilbronn a. N., Wollhausstraße 25, einzureichen. [illegible]

Beilage zum Proletarier

Nummer 20 — Hannover, 17. Mai 1930 — 39. Jahrgang.

Chemische Industrie

Jahresbericht des Gummitrustes.

Der Zusammenschluß der größten deutschen Gummibetriebe durch die Continental in Hannover zum deutschen Gummitrust hat in der Öffentlichkeit und in weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft so weitgehende Beachtung gefunden, daß es angebracht erscheint, über den vorliegenden Bericht über das Jahr 1929 einige Betrachtungen anzustellen.

Wenn auch die deutsche Gummiindustrie insbesondere durch die lebhafter werdende Konkurrenz des Auslandes einen immer schärferen Konkurrenzkampf zu bestehen hat, so ist doch festzustellen, daß es dem Gummitrust gelungen ist, eine Stärkung des Unternehmens sowie eine Steigerung der Erträgnisse zu erzielen, die zeigen, daß, wenn in Deutschland von schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen gesprochen wird, das für die Gummiindustrie zum mindesten nicht zutrifft.

Über das Geschäftsergebnis sagt der Gummitrust selbst, daß trotz der allgemein schwierigen Verhältnisse sich das Geschäftsjahr 1929 befriedigend gestaltet habe. Die an die Fusionen mit den Excelsior-, Peters-Union- und Polack-Titan-Werken geknüpften Erwartungen haben sich bereits im ablaufenden Geschäftsjahr in einem gewissen Umfange erfüllt. Man wird diese Zeit als ein Übergangsstadium betrachten müssen. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, daß die volle Auswirkung der Vertrustung erst in Zukunft eintreten kann. Schon heute lasse sich feststellen, daß diese Fusion sowohl im Interesse der Conti als auch im Interesse der Gesundung der gesamten Gummiindustrie richtig gewesen sei.

An der Liquidation der alten Firma Mittelland-Gummiwerke AG. hat sich die Firma in der Weise beteiligt, daß für die Mittelland-Gummiwerke eine Vertriebsgesellschaft für die von ihr bisher fabrizierten Waren gegründet wurde und die Vorräte an Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikaten und ein Teil der Maschinen käuflich an die Conti übergingen (wobei nach unserer Überzeugung die Conti die Mittelland-Werke halb geschenkt bekam).

Nach der Konzentration im Gummitrust erfolgte auch eine Durchorganisierung der Verkaufseinrichtungen in der Form, daß, während die Fabriken und Verwaltungen unter der Zentralorganisation der Conti-Gummiwerke AG. zusammengefaßt wurden, die Verkaufsorganisation auf folgende Gruppen überging:

Continental-Caoutchouc-Compagnie, G. m. b. H.
Excelsior-Gummi-Compagnie, G. m. b. H.,
Peters Union, G. m. b. H.,
Polack-Titan-Gummi-Gesellschaft m. b. H. und
Mittelland-Gummi, G. m. b. H.

Über das Geschäftsergebnis selbst teilt die Firma mit, daß daran auch die internationale Continental-Caoutchouc-Compagnie Amsterdam beteiligt ist, die das Verkaufsgeschäft im Auslande betreibt. Nach Pressemeldungen hat diese Gesellschaft für das am 30. September 1929 abgelaufene Geschäftsjahr einen Bruttogewinn von 3,52 Millionen Gulden ergeben. Nach Abzug aller Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 19 295 Gulden, aus dem eine Dividende von 7 Prozent zur Auszahlung gelangt.

Das Unternehmen bilanziert mit einer Summe von 102 046 466 Mk. Der Bruttogewinn beträgt einschließlich des Vortrages aus dem Jahre 1928 und nach Abzug der allgemeinen Unkosten, als Gehälter, Reise-, Reklamekosten, Tantiemen und Gratifikationen, 24 797 653 Mk. Davon gehen ab für Verluste auf Außenstände, Versicherungsprämien, soziale Pflichtversicherungsbeiträge, Steuern und Zinsen etwa 15 Millionen Mark. Hinzu kommen als Abschlußentschädigung aus Vorkriegsforderungen der Firma Fusionsgewinne und Gewinne aus Konsortialaktien als Einnahme ein Betrag von etwa 5 Millionen Mark, so daß sich ein Rohgewinn von 14 807 293 Mk. ergibt.

Diesen Rohgewinn läßt die Firma durch außerordentlich starke Abschreibungen zusammenschmelzen, indem sie als Restabschreibung auf die Kuxe „Alter Hellweg" den Betrag von rund 798 000 Mk. einsetzt und für Abschreibungen auf die Anlagekonten den Betrag von etwa 10 Millionen Mark auswirft. Es verbleibt demnach ein Reingewinn von 4 044 800 Mark, wovon eine Dividende von 5 Prozent auf 5000 Mk. Vorzugsaktien und von 9 Prozent auf ein Kapital von 3 690 000 Mk. Stammaktien ausgeschüttet werden soll.

Es wäre sehr interessant gewesen, etwas Näheres über das Konto Tantiemen, Gratifikationen, Gehälter usw. zu erfahren. Das ist leider nicht möglich, weil die Firma diese Positionen zusammenfassend vor Festsetzung des Bruttogewinns vorweggenommen hat. Die Zugänge auf Anlagekonten betrugen durch die Fusionen rund 7 303 000 Mk. Für Neuanschaffungen wurden verausgabt rund 5 600 000 Mk., wodurch ein Gesamtzugang von beinahe 13 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Die Firma berichtet, daß durch die außergewöhnlichen Abschreibungen nunmehr Fabrikgebäude, Maschinen und Betriebseinrichtungen in Walkershausen, Frankfurt und Corbach mit 1 Mk. und die Maschinen und Betriebseinrichtungen der Excelsior Hannover ebenfalls mit 1 Mk. zu Buche stehen. Der Hauptbetrieb in Hannover ist bis auf 8 Millionen abgeschrieben. Des weiteren hat die Firma durch günstige Käufe eine Reihe von Grundstücken erworben.

Aus den angeführten Zahlen, die den Geschäftsbericht nicht erschöpfend behandeln, geht hervor, daß die Conti, Hannover, durch die Schaffung des Gummitrustes eine außerordentliche wirtschaftliche Stärkung erfahren hat. Sie sagt darüber selbst, daß nicht nur durch die in früheren Jahren erfolgte vorsichtige Dividenden- und Abschreibungspolitik, sondern auch durch die im verflossenen Jahre erzielten Sondergewinne, welche restlos für Abschreibungen der Einrichtungen der Betriebs- und Vertriebsgesellschaften verwendet worden sind, das Unternehmen ganz besonders stark gekräftigt in das Jahr 1930 hineingeht. (Leider ist von der Arbeiterschaft nicht dasselbe zu berichten.)

Die Zahl der Beschäftigten, Angestellte und Arbeiter zusammengerechnet, betrug in Produktion und Handel insgesamt etwa 17 000. Über die Wirtschaftsentwicklung in der Gummiindustrie wird berichtet, daß trotz der Veränderungen technischer und kaufmännischer Natur nennenswerte Störungen zwischen Leitung, Angestellten und Arbeitern nicht entstanden seien. Das von der Firma angestrebte Ziel, Ersparnisse auf allen Gebieten herbeizuführen und die Leistungen zu steigern, um das Gesamtresultat günstig zu beeinflussen, habe die wirksamste Unterstützung der Angestellten und Arbeiter gefunden. (Leider fand diese Unterstützung nicht die finanzielle Anerkennung durch die Firma.) Die Preise für Rohstoffe waren starken Schwankungen unterworfen. Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt ist äußerst scharf geworden. Das Unternehmen konnte die Umsätze der Menge nach steigern, sie sind in Deutschland dem Werte nach zurückgeblieben, doch konnte dieser Ausfall durch einen größeren, gewinnbringenden Export ausgeglichen werden. Die Abnehmerkreise litten in Deutschland unter der schlechten Wirtschaftslage. Der Inlandsabsatz an Fahrradreifen ging gegen das Vorjahr zurück. Der Umsatz in Automobilreifen ist gestiegen, steht jedoch in keinem Vergleich mit der Motorisierung in anderen Ländern.

Rechtzeitig vorsorgen!

Jeder Unfall, jeder Brand bringt im ersten Augenblick Aufregung, Kopflosigkeit und oft sinn- und zweckloses Hin und Her mit sich. Dadurch verstreichen oft die kostbarsten Minuten und Viertelstunden, die vielleicht für manche Beteiligte von lebensrettender Bedeutung sein können. (Bei Unfällen Stillung von Blutungen, bei Bränden Wiederbelebung Erstickter, Rauch- oder Gasvergifteter usw.)

Was nützen aber alle öffentlichen und privaten Einrichtungen des Rettungs- und Sanitätsdienstes, wenn die Betroffenen nicht wissen, wie sie sie erreichen können? Darum in jedem Betrieb Wegweiser und deutliche Hinweise auf den nächsten Feuermelder, die Sanitätswache oder Verbandsstube, Telephon und Adresse des nächsten Arztes, der Apotheke oder Rettungsstelle, eventuell auch Störungswachen der Elektrizitäts- und Gaswerke!

Die Kapazität der deutschen Gummiindustrie und besonders der Reifenindustrie sei den Bedürfnissen des Verbrauchs weit vorausgeeilt. Das Unternehmen blicke nicht ohne Besorgnisse auf die Bemühungen nicht nur der inländischen, sondern auch einiger ausländischer Fabriken, die durch Vergrößerung und Neueinrichtung von Fabrikationsstätten ihren Anteil am deutschen Markt zu erhöhen versuchen. Die Firma ist der Meinung, daß man verstehen wird, daß sie sich die in vielen Jahren harter Arbeit aufgebaute Geschäftspolitik und die erworbenen Anteile am deutschen Markt nicht entreißen lassen will. Technisch, kaufmännisch und finanziell sei sie für jeden Kampf gerüstet. Trotz der durch die allgemeine wirtschaftliche Lage bedingten schwierigen Verhältnisse und trotz der Überschätzung bezüglich der Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes durch die Konkurrenz und der von derselben geplanten Maßnahmen glaubt die Firma die dominierende Stellung am deutschen Markt behaupten zu können.

Auch wir sind der Auffassung, daß die wirtschaftliche Macht des Gummitrustes durch die jahrelang betriebene konsequente Trustpolitik gegenwärtig unerschütterlich ist. Eines aber vermissen wir in dem ganzen Geschäftsbericht, nämlich etwas über die Rolle, die die Arbeiterschaft bei diesem Aufstieg des Unternehmens gespielt hat. Sie wird nur einmal bei der Feststellung des guten Einvernehmens erwähnt. Davon, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Gummitrustes nur möglich gewesen ist durch erbarmungslose Rationalisierungsmethoden, durch das Hinauswerfen von Tausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern aus dem Betrieb, wird mit keinem Wort gesprochen. Auch von der neuesten Ausbeutungsmethode, wie sie das Bedaxsystem darstellt, und den damit erzielten Gewinnergebnissen ist keine Rede. Das Bild, das uns der Geschäftsbericht gibt, ist nur ein Bild in groben Strichen. Viele Dinge, über die man gern näheren Aufschluß zur Beurteilung des Unternehmens haben möchte, sind nicht erwähnt. Insbesondere sind Angaben über Produktion, Lohnsummen usw. nicht vorhanden. Erst wenn man Leistungssteigerung, Materialpreise und Lohnaufwand in Vergleich stellen könnte, würde man feststellen können, wie sich das Bild der Produktionsverhältnisse im Betrieb zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben hat. Wenn die Direktion der Auffassung ist, daß sie die dominierende Stellung am deutschen Markt auch zukünftig behaupten kann, so dankt sie dies wohl in erster Linie ihrer geschulten Arbeiterschaft, die ganz gewaltige Leistungssteigerungen auf sich nehmen mußte, ohne dafür auch entsprechend am finanziellen Ertrag der Arbeitsprodukte beteiligt zu werden.

Die Besorgnisse der Firma betreffend Auslandskonkurrenz haben in den letzten Tagen eine starke Wandlung erfahren. Der Hauptkonkurrent war die amerikanische Automobilfirma General Motors, die in Deutschland bekanntlich die Opelwerke beherrschen. Diese Firma plante in Deutschland die Errichtung einer Autoreifenfabrik nach dem neuesten Stand der Technik, weil angeblich keine der bestehenden deutschen Fabriken ihren Ansprüchen genügte. Wie nunmehr bekannt wird, hat die Gruppe Opel-General-Motors ein erhebliches Aktienpaket von Conti-Gummi erworben. Es handelt sich wohl hier um das Aktienpaket, das seinerzeit von der amerikanischen Goodrich Gummi von der Conti zurückgekauft wurde. Außerdem soll General Motors seit längerer Zeit einen größeren Posten Conti-Aktien besessen haben. Wie hoch sich der nunmehrige Besitz der General Motors an Contiaktien beziffert, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sich die Conti die Ausschaltung eines selbständigen amerikanischen Gummiunternehmens in Deutschland einen tüchtigen Batzen kosten ließ. Dieser Vorgang bedeutet, daß die Macht des Gummitrusts in Deutschland eine weitere Stär[illegible] seiner Position erfahren hat.

Der Gummitrust, eines der jüngsten Wirtschaftsgebilde in Deutschland, hat in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Macht entfaltet, die zu denken gibt. An der Arbeiterschaft der Gummiindustrie liegt es, aus dieser Entwicklung der Gummiindustrie entsprechende Lehren zu ziehen. Einigkeit im Interesse des Profits und der Marktbeherrschung ist das Leitmotiv des Gummitrustes. Angesichts dieser Tatsachen ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Organisation in der Gummiindustrie mehr als bisher vorwärtsgetrieben wird, damit diesem Machtstreben der Unternehmer eine geschlossene Front der Arbeiterschaft der Gummiindustrie entgegengesetzt werden kann.

K. Segerer.

Reichskonferenz der Salinenarbeiter.

Am 27. April d. J. tagte in Magdeburg im Artushof die Reichskonferenz der Salinenarbeiter im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Vertreten waren auf der Konferenz drei Mitglieder des Hauptvorstandes, acht Zahlstellenangestellte und 25 Kollegen aus 17 Salinenbetrieben. Die Tagesordnung lautete:

1. Entwicklung und wirtschaftliche Lage der Speisesalzindustrie. Referent: W. Hofer (Hannover).
2. Das Verhältnis der chemischen Industrie zum Bergbau und unsere gewerkschaftlichen Schlußfolgerungen. Referent: K. Segerer (Hannover).
3. Verschiedenes.

Kollege Hofer ging von der chemischen Konstitution des Salzes aus und schilderte die historischen Gewinnungsarten des Salzes und seine Verbreitung in wirtschaftlicher Beziehung. Die technische Entwicklung der Salzgewinnung erstreckt sich auf einen ziemlich langen Zeitraum und ist für die Wirtschaft eines Landes von großer Bedeutung. Der Referent ging dann auf die verschiedenen Gewinnungsformen und auf den Veredelungsprozeß des Produktes ein. Insbesondere wurde die Lage der Arbeiterschaft der Salinenbetriebe behandelt, ebenso die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in dieser Industrie Beschäftigten und der Kampf um deren tarifliche Regelung. Der Fabrikarbeiterverband hat sich schon frühzeitig dieser Arbeiter angenommen und im Laufe der Zeit beachtliche Erfolge für sie errungen. Mit einer Betrachtung der zukünftigen Entwicklung dieser Industrie schlossen die Ausführungen ab.

Zu Punkt 2 führte Kollege Segerer folgendes aus: Zwischen der chemischen Industrie und der Bergbauindustrie sind seit längerer Zeit Verschiebungen eingetreten. Durch den Aufstieg der chemischen Industrie in den letzten Jahrzehnten ist es, namentlich durch Einführung synthetischer Arbeitsverfahren, gelungen, das Monopol der örtlichen Rohstoffe zu zerstören und ganze Länder unabhängig von dem natürlichen Rohstoffvorkommen zu machen. Der Bergbau wurde aus seiner Stellung als Schlüsselindustrie zurückgedrängt und wird immer mehr Rohstoffindustrie für die chemische Industrie. Redner erinnert an die Schöpfung neuer Arbeitsverfahren für die Gewinnung von Benzin, Benzol, Kunstseide u. a. Zwischen Bergbauindustrie und chemischer Industrie ist eine wirtschaftliche Spannung eingetreten. Der Bergbau versucht dem Vordringen der chemischen Industrie durch Eigengründungen entgegenzutreten. Das wirkt sich auch auf einem anderen Gebiete aus, und zwar auf dem Agitationsgebiet derjenigen Gewerkschaften, die die Arbeiter dieser Industriegruppen organisieren. Unser Ziel ist es, die chemische Industrie nach Möglichkeit als ein geschlossenes Arbeits- und Agitationsgebiet für den Fabrikarbeiterverband zu erhalten.

Ehe in die Diskussion eingetreten wurde, ehrte Kollege Partzsch, der die Konferenz leitete, den Kollegen Frenzel (Magdeburg), der in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter zurückblicken kann.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Es beteiligten sich an ihr die Kollegen Ackermann, Rothenhöfer, Belle, Albrecht, Brandenburger, Liebert, Pfanne und Voß. Die Aussprache ergab ein klares Bild über die zur Zeit bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Salinenindustrie. Die Kollegen sind der Auffassung, daß mehr als bisher alle Kraft eingesetzt werden soll, um das Organisationsverhältnis in dieser Industrie noch besser zu gestalten.

Mit der Hoffnung, daß die Konferenzteilnehmer die Ergebnisse der Konferenz im Interesse der Organisation ausnutzen werden, schloß Kollege Partzsch die Konferenz.

K. Segerer.

Papier-Industrie

Die Papiererzeugungsindustrie in Kanada.

Von G. Stühler (Hannover).

In der nordamerikanischen Papiererzeugungsindustrie steht Kanada an erster Stelle. Nach der französischen Fachzeitschrift „Moniteur de la Papeterie Francaise" waren im Jahre 1928 in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie 685 687 459 Dollar oder in deutsche Wertung umgerechnet 2 879 887 528 Mark investiertes Kapital vorhanden.

Zahl der Betriebe.

Nach derselben Quelle waren im Jahre 1928 folgende Betriebe vorhanden:

33 Zellstoff- und Holzstoff-Fabriken,
31 Papierfabriken,
46 Papierfabriken mit Zellstoff- und Holzstoffproduktion,
110 Papiererzeugungsbetriebe.

Aus der geringen Anzahl der kanadischen Papiererzeugungsbetriebe und aus der hohen investierten Kapitalsumme ergibt sich ohne weiteres, daß in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie fast ausschließlich nur gut durchrationalisierte Großbetriebe mit hoher Leistungsfähigkeit vorhanden sind.

Die Zeitungsdruckpapier-Erzeugung.

Innerhalb der kanadischen Papiererzeugungsindustrie steht die Zeitungsdruckpapier-Produktion an erster Stelle. Rund 80 Prozent der jährlichen Zeitungspapierproduktion wird in den Vereinigten Staaten abgesetzt. Ebenso liefert Kanada rund 80 Prozent seines über den Inlandsbedarf hinaus erzeugten Holzstoffes an die Vereinigten Staaten, wo dieser in erster Linie zur Herstellung von Zeitungsdruckpapier Verwendung findet.

Die Zeitungsdruckpapier-Produktion Kanadas gestaltete sich vom Jahre 1925 bis zum Jahre 1929 folgendermaßen:

Jahr	amerikanische Tonnen
1925	1 522 200
1926	1 881 000
1927	2 086 000
1928	2 414 000
1929	2 728 827

Demnach ist die Zeitungspapierproduktion Kanadas von 1925 bis 1929 um rund 79 Prozent gestiegen. Dabei muß beachtet werden, daß die Produktionskapazität der kanadischen Zeitungsdruckpapier-Fabriken im Jahre 1929 nur zu 80 Prozent ausgenützt werden konnte. Bei voller Ausnutzung der Betriebe wäre demnach seit 1925 fast eine Verdoppelung der Produktion bis zum Jahre 1929 eingetreten. Diese Produktionssteigerung ist sowohl auf Betriebserweiterungen, als auch auf Neugründungen von Zeitungsdruckpapier-Fabriken zurückzuführen.

Die nordamerikanische Zeitungsdruckpapier-Produktion.

Auch innerhalb der nordamerikanischen Zeitungsdruckpapier-Produktion steht Kanada an erster Stelle. Das ergibt sich aus den folgenden Produktionszahlen der nordamerikanischen Zeitungsdruckpapier-Industrie für das Jahr 1929:

Erzeugungsland	Produktion in amerikanischen Tonnen	Produktionssteigerung gegen 1928 in %
Kanada	2 728 827	+ 14,6
Vereinigte Staaten	1 392 276	— 1,8
Neufundland	255 500	+ 10,7
Mexiko	18 680	+ 10
Nordamerika	4 395 283	+ 8,6

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß nur in den Vereinigten Staaten die Zeitungspapierproduktion im Jahre 1929 um knapp 2 Prozent hinter der Produktion des Jahres 1928 zurückgeblieben ist, während die übrigen Produktionsstaaten eine ganz ansehnliche Steigerung ihrer Zeitungspapierproduktion im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen haben.

Die Produktionskapazitäten.

Trotz dieser Produktionssteigerungen der nordamerikanischen Zeitungsdruckpapier-Industrie wurden die Betriebe mit Ausnahme von Neufundland nicht voll ausgenutzt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die durchschnittliche Produktionskapazität der kanadischen Zeitungsdruckpapier-Fabriken im Jahre 1929 nur 80 Prozent betrug. Im Dezember 1929 wurde die Leistungsfähigkeit der Zeitungsdruckpapier-Fabriken in Kanada zu 85,6 Prozent, in den Vereinigten Staaten zu 79,9 Prozent, dagegen in Neufundland zu 107,2 Prozent ausgenutzt. Während also in Kanada und in den Vereinigten Staaten die theoretische Produktionsgrenze wesentlich unterschritten wurde, hat in Neufundland eine Überschreitung stattgefunden.

Die tägliche Zeitungsdruckpapier-Produktion.

Die Ermittlungen des „Newsprint Service Bureau" ergaben, daß die tägliche Zeitungsdruckpapier-Produktion in Kanada zur Zeit 10 745 Tonnen beträgt. Auf die einzelnen Firmen entfallen folgende tägliche Produktionsmengen:

Firma	Tägliche Produktion in Tonnen
Abitibi	1988
Canada Power	1770
Canadian International	1181
Price Brothers	936
Powell River	495
St. Lawrence	470
Anglo-Canadian	450
Spruce Falls	400
Ontario	328
Great Lakes	265
Fort Frances	259
Pacific	252
Mersey	250
Kenora	245
Brompton	236
Donnacona	230
Lake St. John	229
Thunder Bay	225
J. R. Booth	158
Bathurst	140
E. B. Eddy	127
Beaver	76
News	35

Beschäftigte Personen.

Nach dem bereits erwähnten Bericht der französischen Fachzeitschrift wurden im Jahre 1928 in den 110 Papiererzeugungsbetrieben Kanadas insgesamt 33 614 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Löhne.

Nach dem gleichen Bericht zahlte die kanadische Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1928 die Summe von 47 322 648 Dollar an Löhnen und Gehältern. Unter Zugrundelegung der Zahl der Beschäftigten ergibt sich im Jahre 1928 in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie ein Jahresdurchschnittslohn pro Beschäftigten von 1408 Dollar oder in deutsche Währung umgerechnet von 5913 RM.

Lohnanteil am Produktionswert.

Der Wert der Fertigprodukte betrug nach der gleichen französischen Fachzeitschrift für Kanada im Jahre 1928 253 535 326 Dollar. Ein Vergleich mit der zur Auszahlung gekommenen Lohn- und Gehaltssumme im gleichen Jahre ergibt, daß der Gehalt- und Lohnanteil am Produktionswert nur 18,6 Prozent beträgt.

Vergleicht man die hohen Jahresdurchschnittsverdienste in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie mit dem Jahresdurchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der deutschen Papiererzeugungsindustrie, der nach dem Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1928 2422 Mk. beträgt — wobei der deutschen Berechnung auch noch der Vollarbeiter mit der zehnstündigen täglichen Arbeitszeit an 300 Arbeitstagen zugrundegelegt ist; bei Zugrundelegung einer achtstündigen Arbeitszeit wäre dieser deutsche Jahresdurchschnittsverdienst noch 20 Prozent niedriger — so ergibt sich, daß die kanadischen Papierarbeiterlöhne mehr als doppelt so hoch sind wie die deutschen. Auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet erscheint der Lohnanteil in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie außerordentlich niedrig. Die Ursache dieses verhältnismäßig niedrigen Lohnanteils dürfte ebenfalls wieder in der Tatsache zu suchen sein, daß es sich in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie um hochmoderne durchrationalisierte Großbetriebe handelt, während in Deutschland neben modernen Großbetrieben noch ein erheblich großer Teil technisch rückständiger Kleinbetriebe vorhanden ist, wodurch ganz selbstverständlich der Lohnanteil am Produktionswert ganz erheblich erhöht wird.

Kapital und Gesellschaft.

Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden.

Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.

Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter.

Aus dem „Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels.)

Überproduktion.

In der Jahresversammlung des Vereins amerikanischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanten erklärte nach Paper Trade Journal Nr. 11, Jahrgang 1930, D. C. Everest, daß durch die Aufhebung der Druckpapierzölle im Jahre 1911 die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier von Amerika nach Kanada abgewandert sei und daß infolgedessen in Kanada mehr Zeitungsdruckpapierfabriken errichtet worden seien, als es dem Zeitungsdruckpapier-Verbrauch der Welt entspreche. Sollten Erzeugung und Bedarf angeglichen werden, so dürften sechs Jahre lang keine Zeitungsdruckpapier-Fabriken in Kanada mehr errichtet werden. Dieser volkswirtschaftliche Grundsatz werde aber nicht beachtet. Infolgedessen hätten sowohl Unternehmer wie Arbeiter unter dem bestehenden Zustand zu leiden. Es gäbe nur einen Ausweg, und zwar einmal einen Stillstand im Bau neuer Fabriken eintreten zu lassen und eine vernünftige Regelung der gesamten Druckpapiererzeugung durchzuführen.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Zuckerindustrie.

I.

Dem Bericht der Zuckerberufsgenossenschaft mit dem Bericht des Technischen Aufsichtsdienstes zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften für das Jahr 1929 entnehmen wir folgendes: Der Berufsgenossenschaft gehörten im Berichtsjahre 271 Betriebe (im Vorjahre 281) an. In diesen Betrieben waren in einer vollen Betriebswoche 85 782 (85 789) versicherte Personen beschäftigt. In dieser Zahl sind 6217 Betriebsbeamte mit enthalten, so daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 79 565 beträgt. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 1929: 45 790 (46 670). Die Zahl der Vollarbeiter in dieser Industrie kann mit den Vollarbeitern in anderen Industriezweigen nicht verglichen werden, sie weicht sehr stark von der Zahl der Beschäftigten ab. Das liegt in der Eigenart der Industrie begründet. Die Zuckerraffinerien arbeiten ungefähr 9 Monate, höchstens 10 Monate im Jahr voll, die übrige Zeit beschränkt. Die Rohzuckerfabriken arbeiten kaum 3 Monate im Jahre voll. Während der stillen Zeit beschäftigen sie nur ungefähr den vierten Teil der Leute wie in der Hauptbetriebszeit. Daher weicht hier die Zahl der in einer vollen Betriebswoche Beschäftigten so stark von der Durchschnittszahl der Vollarbeiter im Jahre ab. Die Zahl der Beschäftigten ist fast die gleiche wie im Vorjahre. Die Zahl der versicherten Betriebe dagegen ist um 10 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Es müssen also die beschäftigten Betriebe entsprechend mehr Arbeiter beschäftigt haben als im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter ist indessen um 880 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Daraus kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß sich die Hauptbetriebszeit im letzten Jahre noch mehr zusammengedrängt hat, also noch kürzer war als im vorhergehenden Jahre. Nur so kann trotz der gleichen Zahl der Beschäftigten in einer vollen Betriebswoche die geringere Zahl der Vollarbeiter herauskommen.

Von den versicherten Betrieben wurden im Berichtsjahre 205 (207) Betriebe revidiert. Außerordentliche Revisionen wurden nicht vorgenommen. Es wurden also im letzten Jahre 75 Prozent der Betriebe und im Vorjahre 74 Prozent der Betriebe revidiert. Das ist gegenüber den Revisionen anderer Berufsgenossenschaften ein sehr günstiges Revisionsergebnis. Der Bericht sagt, daß die Schutzvorrichtungen in fast allen Betrieben zweckentsprechend angebracht waren. Nur bei Neuanlagen blieb stets etwas zu wünschen übrig. Im Gegensatz zu der früheren Praxis sind die Revisionen in diesem Jahre nicht angemeldet worden. Die Beamten kamen also unverhofft in den Betrieb, um zu revidieren. Das hatte zur Folge, daß die Direktoren oft ihr Bedauern aussprachen, daß sie an der Revision nicht selbst teilnehmen könnten, weil sie anderweitig verhindert seien. In 17 Fällen konnte die Prüfung der Lohnnachweise nicht erfolgen, weil die Bücher zum Teil nicht zugänglich waren. Ferner sagt der Bericht folgendes:

„Als Hauptnachteil der nicht erfolgten Anmeldung erwies sich jedoch das Fehlen der Betriebsratsmitglieder. Im Vorjahre waren die Fabriken im Anmeldungsschreiben gebeten worden, den Unfallvertrauensmann und ein Mitglied des Betriebsrates zur Zeit der Besichtigung zur Verfügung zu halten oder ihnen, falls sie in einer anderen Schicht tätig wären, von der bevorstehenden Revision Kenntnis zu geben. Der Erfolg dieser Maßnahme war außerordentlich gut; denn es konnten in 140 von 207 Betrieben Vertreter der Versicherten am Rundgang teilnehmen. Im Berichtsjahre war bei 205 Fabriken die Teilnahme in nur 80 Fällen möglich. Entweder konnte der Versicherungsvertreter seinen Posten nicht verlassen, oder es war überhaupt kein Betriebsratsmitglied in der Schicht."

Man kann sicher geteilter Meinung darüber sein, ob eine vorherige Anmeldung richtig ist oder nicht. Eins aber wird der Kontrollbeamte besser erreichen, wenn er nicht angemeldet wird: Er wird die Fehler und Mängel im Betriebe eher entdecken, weil die Betriebe vorher nicht „besenrein" gemacht werden können. Soweit wie möglich wurde die Revision der Betriebe gemeinsam mit den Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommen. Die gemeinsamen Besichtigungen waren aber in diesem Jahre geringer als im Vorjahre.

An anderer Stelle sagt der Bericht:

„Über die Durchführung des Unfallschutzes in der Zuckerindustrie ist zu berichten, daß in 40 (gegenüber 11 im Vorjahre) Betrieben überhaupt keine Anordnungen getroffen zu werden brauchten; in 94 Betrieben waren 1—5, in 57 6—10, in 9 11—15, in 4 16—20 und in 1 mehr als 20 Anordnungen erforderlich. Im allgemeinen gingen die Meldungen darüber, daß die vorgefundenen Mängel beseitigt seien, fristgerecht ein, wenn nicht, bedurfte es einer kurzen Mahnung. Bestrafungen der Betriebe sind nicht erfolgt. Leider mußte wiederholt die Feststellung gemacht werden, daß Beanstandungen der letzten Revision nicht beseitigt waren, obwohl deren Ausführung bereits gemeldet war. Eine bessere Erklärung als die im Vorjahre gegebene hat sich bisher nicht finden lassen."

Wenn hier einleitend gesagt wird, daß in 40 Betrieben keine Anordnungen zu treffen waren, so waren sie in den übrigen Betrieben um so mehr zu treffen. Auffallen muß auch in diesem Bericht, daß die Anordnungen für jene Betriebsanlagen, die immerhin am leichtesten zu schützen sind, am meisten getroffen werden mußten. Anordnungen wurden getroffen für Schutz an Riemen und Riemenscheiben 148, Herstellung und Vervollständigung an Treppen, Leitern, Bühnen und Laufbohlen 100, Schutz an Hubrädern, Schwungrädern und Pumpen 72, Schutz an Zahnrädern, Kettenrädern und Tragrollen 55, Schutz an Schnecken, Schüttelrinnen, Transportbändern, Rechen, Baggern und Elevatoren 53. Das sind doch alles Betriebsanlagen, die verhältnismäßig leicht zu schützen sind. Es ist daher verwunderlich, daß gerade hier die Zahl der Anordnungen so hoch ist. Daß die Meldungen über die vorgefundenen Mängel schnell eingehen, ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß Meldungen kommen, es sei den Anordnungen Folge geleistet, und bei einer späteren Revision stellt sich heraus, daß es doch nicht der Fall ist. Im vorjährigen Bericht wurde die Sache so erklärt, daß die Fabrikleitung den Revisionsbericht in den Betrieb gibt und sobald Mahnung kommt, berichtet, die beanstandete Änderung sei erfolgt, obwohl noch ein Teil davon in der Ausführung begriffen ist. Wenn so gearbeitet wird, dann ist das eben keine gewissenhafte Arbeit der Betriebsleitung. Ein Betriebsleiter muß sich schon davon überzeugen, ob das, was er berichtet, auch stimmt. Tut er das nicht, dann handelt er nicht so gewissenhaft, wie es seiner Stellung entspricht.

Der Bericht sagt dann weiter, daß nach Beendigung der Revision eine schriftliche Mitteilung über die auf Grund der Unfallverhütungsvorschriften getroffenen Anordnungen und über die Frist zu deren Ausführung an die Betriebsleitung geht. Wir haben bereits bei der Besprechung des vorjährigen Berichtes angeregt, die Berufsgenossenschaft möge auch dem Unfallvertrauensmann Abschrift ihrer Anordnungen zugehen lassen. Erhält der Unfallvertrauensmann ebenfalls eine Abschrift von den getroffenen Anordnungen, dann kann er sich davon überzeugen, ob der Anordnung fristgemäß stattgegeben ist oder nicht. Auf diese Weise dürfte es nicht so oft vorkommen, daß Betriebsleitungen die Durchführung der angeordneten Maßnahmen melden, wenn sie tatsächlich nicht ausgeführt sind. Das richtigste wäre, wenn der Unfallvertrauensmann nicht nur Abschrift der Anordnungen erhält, sondern auch den Bericht über die Durchführung der Anordnungen gegenzeichnen müßte. Dann wäre unbedingt eine Gewähr dafür geboten, daß den Anordnungen auch tatsächlich Folge geleistet wird.

Über das Verhalten der Versicherten dem Unfallschutz gegenüber läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Das Verhalten der großen Masse der Versicherten den Bestrebungen der Unfallverhütung gegenüber ist leider trotz aller unserer Bemühungen immer noch nicht so, wie man es sich wünschen möchte. Immer und immer wieder werden bei den Besichtigungen Schutzvorrichtungen angetroffen, die achtlos beiseite gestellt, in die Ecke geworfen oder ganz unbrauchbar gemacht sind. In mehreren Betrieben wurden sogar die Sicherheitsventile der Dampfkessel belastet vorgefunden. Andere Belegschaften wieder zeichnen sich, teilweise angeregt durch die rührige Tätigkeit des Unfallvertrauensmannes oder eines besonders interessierten Betriebsratsmitgliedes, durch großes Verständnis für die Unfallverhütungsvorschriften aus. So geht in einigen Betrieben auf Veranlassung der Fabrikleitung täglich ein Handwerker durch die Fabrik und überzeugt sich, daß sämtliche Schutzvorrichtungen an Ort und Stelle sind; in einem anderen Betrieb ist eine „Unfallkommission" — die vom Reichsversicherungsamt angeregte Einstellung eines besonderen Sicherheits-Ingenieurs kommt für unsere verhältnismäßig kleinen Betriebe nicht in

Frage und wird durchweg abgelehnt — gebildet, der außer dem Unfallvertrauensmann und dem Betriebsrat Facharbeiter angehören. Die Propaganda durch Wort und Schrift, Bild und Film ist so doch nicht vergeblich gewesen."

Die Feststellung, daß sich die Erkenntnis eines guten Unfallschutzes immer mehr Bahn bricht, ist zu begrüßen. Auch die Bildung von Unfallkommissionen und dergleichen kann nur begrüßt werden, denn so werden im Betriebe mehr Leute zur Mitarbeit beim Unfallschutz herangezogen. Andererseits aber wird hier von dem technischen Aufsichtsbeamten den Arbeitern erneut der Vorwurf gemacht, daß sie Schutzvorrichtungen einfach außer Kraft setzen, achtlos beiseitestellen, ja sogar Sicherheitsventile belasten, damit sie nicht funktionieren können usw. Das darf sich die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie nicht gefallen lassen. Es muß dem Unfallschutz unbedingt auch von den Kolleginnen und Kollegen mehr Beachtung geschenkt werden, wo es bislang nicht in dem nötigen Umfange geschehen ist. Der Unfallschutz darf nicht, wie es nach diesem Bericht scheint, von der Arbeiterschaft als Belästigung angesehen werden.

Sehr wohl ist uns bekannt, daß Arbeitsmethode und andere Dinge oft dazu beitragen, daß man glaubt, der Unfallschutz ist hinderlich, um die nötige Leistung zu vollbringen. Wo dies zutrifft, darf das nicht dahin führen, daß man den angeordneten Schutz einfach außer Wirkung setzt, sondern hier müssen Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam mitarbeiten, um den Unfallschutz so auszubauen, daß er bei der Arbeit nicht hindert. Der Schutz muß der Eigenart der Maschine angepaßt werden. Daran müssen aber alle Beteiligten mitarbeiten. Also nicht Beseitigung des Unfallschutzes, sondern besserer Ausbau desselben. Das muß die Aufgabe aller Kollegen sein, denen Gesundheit und Leben lieb ist. Der Vorwurf, daß die Arbeiterschaft absichtlich oder fahrlässig ihr Leben aufs Spiel setzt, findet sich heute kaum noch in einem Bericht der Berufsgenossenschaften. Es setzt auch niemand Leben und Gesundheit fahrlässig aufs Spiel. Die Betriebsleitungen dürfen aber auch keine Leistungen verlangen, die mit einem guten Unfallschutz unvereinbar sind. In erster Linie aber muß die Arbeiterschaft selbst auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften achten, wenn sie vom Arbeitgeber verlangt, daß er sie durchführen soll.

Ein besonderes Kapitel ist in der Zuckerindustrie immer noch der Schutz an den Zentrifugen. Seit Jahren finden Besprechungen statt über die Durchführung eines selbständigen Deckelverschlusses, der nur beim Stillstand oder bei ganz langsamem Gang der Zentrifuge geöffnet werden kann. Auch in diesem Jahre sind die Probeversuche mit derartigen Deckelverschlüssen weiter fortgesetzt worden. Die entsprechenden Änderungen bei den Unfallverhütungsvorschriften sind indessen im abgelaufenen Jahre noch nicht durchgeführt worden. Das soll im neuen Jahre geschehen. Wir sind der Auffassung, daß die Zuckerberufsgenossenschaft endlich dazu übergehen muß, in allen Betrieben diesen automatischen Deckelverschluß zu fordern. Ausprobiert ist die Sache nun lange genug. Hindernisse wird es immer zu überwinden geben. Das größte Hindernis sind meist die entstehenden Unkosten. Das kann und darf aber nicht ausschlaggebend sein, wenn es gilt, Leben und Gesundheit der Menschen zu schützen.

Um das Interesse für den Unfallschutz besonders zu beleben, hat die ZBG. anläßlich der Reichsunfallverhütungswoche ein besonderes Preisausschreiben veranstaltet. An diesem Preisausschreiben beteiligten sich 303 Beschäftigte aus der Zuckerindustrie selbst. Eine Arbeit wurde mit 100 Mk., zwei Arbeiten mit je 50 Mk. und 85 Arbeiten mit je 10 Mk. prämiiert. Derartige Mittel tragen sicher dazu bei, das Interesse an der Mitarbeit beim Unfallschutz zu wecken. In einigen Fällen hat die ZBG. ferner eine Belohnung für besonders schnelles Eingreifen bei Unfallgefahr gegeben. In zwei derartigen Fällen wurden je 10 Mark Belohnung gewährt, in einem dritten Falle 20 Mark, in zwei weiteren Fällen je 25 Mark, je 100 Mark Belohnung erhielten zwei Personen für Erfindung eines guten Unfallschutzes.

Auch im abgelaufenen Jahre hat die ZBG. den Film als Aufklärungsmittel weiter in ihren Dienst gestellt. Einer vielseitigen Anregung folgend, hat sie einen Film „Unfallverhütung in der Zuckerindustrie" selbst anfertigen lassen. Der Film wurde erstmalig in der Reichsunfallwoche in der Zuckerfabrik Nauen vorgeführt. Im Laufe des Jahres fanden 89 weitere Vorführungen statt. Rund 13 000 Personen wurde der Film gezeigt. Es kann nur begrüßt werden, wenn auch dieses neueste Aufklärungsmittel in den Dienst der Unfallverhütung gestellt wird. Es ist nun einmal so, daß das anschauliche Bild, zumal noch von der eigenen Arbeitsstelle, mehr wirkt als ein geschriebenes oder gesprochenes Wort. Auf die eingetretenen Unfälle und ihre Eigenart selbst kommen wir in einem zweiten Artikel zurück. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Die Bettfedernindustrie im Jahre 1929.

Der Geschäftsgang in der Bettfedernindustrie war im vergangenen Jahre in den einzelnen Bezirken unterschiedlich. In den Zahlstellengebieten München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Köln am Rhein, Hannover, Osnabrück, Güstrow und Insterburg war die Beschäftigung im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Aus Mannheim wird berichtet, daß die Wirtschaftslage in der Bettfedernindustrie 1929 als recht ungünstig angesprochen werden müsse. In allen Betrieben des Zahlstellengebietes Mannheim wurde vorübergehend Kurzarbeit bis zu drei Tagen in der Woche geleistet.

Der Außenhandel für rohe, gereinigte und zugerichtete Bettfedern entwickelte sich 1929 wie folgt: Es wurden 98 249 Doppelzentner Rohfedern im Werte von 41 261 000 Mark eingeführt. 1928 betrug die Einfuhr 97 934 Doppelzentner im Werte von 41 799 000 Mk. Damit ist die Einfuhr der Menge nach um 315 Doppelzentner gestiegen, dem Werte nach um 538 000 Mk. gesunken. Der Doppelzentnerdurchschnittswert für Rohfedern betrug 1929 420 Mk. und 1928 = 427 Mk. Das ist eine Senkung je Doppelzentner um 7 Mk.

Ausgeführt wurden 2675 Doppelzentner Rohfedern im Werte von 741 000 Mk., 1928 hingegen 2096 Doppelzentner im Werte von 380 000 Mk. Die Steigerung beträgt 579 Doppelzentner im Werte von 361 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 1929 = 277 Mk. und 1928 = 181 Mk. Die Ausfuhr hat sich 1929 der Menge und dem Werte nach erhöht. Der Durchschnittswert je Doppelzentner ist um 96 Mk. gestiegen.

Die Einfuhr von gereinigten und zugerichteten Bettfedern betrug 1929 = 20 041 Doppelzentner im Werte von 14 858 000 Mk. 1928 wurden 17 135 Doppelzentner im Werte von 11 850 000 Mk. eingeführt. Das ist eine Steigerung von 1928 auf 1929 um 2906 Doppelzentner im Werte von 3 008 000 Mk. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 1929 = 741 Mk. und 1928 = 694 Mk. Er ist also um 47 Mk. gestiegen.

Die Ausfuhr von gereinigten und zugerichteten Bettfedern hat sich 1929 nur unwesentlich geändert. Sie betrug 8553 Doppelzentner im Werte von 5 245 000 Mk., und 1928 wurden 7704 Doppelzentner im Werte von 4 844 000 Mk. ausgeführt.

Die deutsche Bettfedernindustrie bezieht ihre Rohfedern in der Hauptsache aus Frankreich, Elsaß-Lothringen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Rußland und den Vereinigten Staaten. Zugerichtete Federn werden bezogen aus Elsaß-Lothringen, der Tschechoslowakei, Ungarn und China. Als Absatzländer für die deutschen Roh- sowie gereinigten und zugerichteten Federn kommen in Frage die Vereinigten Staaten von Amerika, Dänemark, Frankreich, Österreich, die Tschechoslowakei und Großbritannien. Bettfedernfabriken sind außer in Deutschland festgestellt in Elsaß-Lothringen, der Tschechoslowakei, Ungarn und China.

Warum Überstunden,

wenn Millionen Arbeitsloser „auf der Straße" liegen? Warum nicht Verringerung der Arbeitszeit und bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten? Denke daran, daß dir sehr bald das gleiche Schicksal bereitet werden kann wie deinem arbeitslosen Nachbarn, dessen Frau sich härmt und dessen Kinder hungern. Heute machst du unnötigerweise Überstunden, morgen wirst du wegen Arbeitsmangels entlassen. Denke an die Arbeitslosen, denke an deine Familie und

vermeide Überstunden!

Die Bettfedernindustrie arbeitet in der Hauptsache für den Inlandskonsum. An Rohfedern, gereinigten und zugerichteten Bettfedern wurden 1929 insgesamt eingeführt 118 290 Doppelzentner im Werte von 56 119 000 Mk. Die Ausfuhr betrug insgesamt nur 11 228 Doppelzentner im Werte von 5 986 000 Mark. Das sind wertmäßig 10,5 Prozent und mengenmäßig 9,3 Prozent der Einfuhr.

Die Löhne in der Bettfedernindustrie sind 1929 durchweg, außer in Osnabrück, erhöht worden. Für Insterburg wurde ein neuer Tarifvertrag geschaffen. Bei den Lohnabschlüssen sind Stundenlohnerhöhungen bis zu 5 Pf. erreicht worden. Das Organisationsverhältnis beträgt rund 80 Prozent.

H. Elflein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Das Armenrecht.

Der Schutz für rein private Angelegenheiten, daß heißt für Rechtsstreitigkeiten, die weder mit dem Arbeits- oder Dienstvertrag noch mit der Tätigkeit für den Verband zu tun haben, geht über die Aufgaben der Gewerkschaften hinaus und kann daher nach deren Satzungen auch nicht verlangt werden. Eingeführt kann er auch nicht werden, da er nicht nur eine Beitragserhöhung, sondern auch die Gefahr schwerer Mißbräuche mit sich bringen würde. Obwohl die Gewerkschaft mit den privaten Rechtsstreitigkeiten also nichts zu tun hat, wird es in der Praxis in diesem Punkt nicht so genau genommen. Wenn auch erweiterter Rechtsschutz, wie Übernahme der Kosten und Kostenvorschüsse und Gestellung eines Rechtsanwalts nicht bewilligt wird, so wird doch auch in Privatsachen namentlich von den Arbeitersekretariaten freiwillig manche Auskunft gegeben und manche Mithilfe geleistet, so daß selbst bei diesen Streitsachen der Organisierte nicht so schutzlos bleibt wie der Unorganisierte. Zu dieser Mithilfe gehört insbesondere die Besorgung des Armenrechts.

Das Armenrecht hat heute noch eine weit größere Bedeutung als in früheren Zeiten, z. B. den achtziger oder neunziger Jahren; denn durch die heutigen Verhältnisse entstehen unter den Lohn- und Gehaltsempfängern weit mehr private Rechtsstreitigkeiten als früher. Heute gibt es z. B. massenhaft Schadenersatzklagen gegen Auto- und Motorradbesitzer; heute gibt es zahlreiche Klagen gegen die Versicherungsgesellschaften, die bei ihren verklausulierten Bestimmungen nur noch selten gutwillig zahlen wollen, und heute versteht es eine gewisse Sorte von Geschäften, durch Reisende noch weit raffinierter als früher den einfachen Mann hereinzulegen und ihm seinen Verdienst aus der Tasche zu ziehen. Kriegsmoral! Eine kurze Abhandlung über das Armenrecht dürfte daher auch den Lesern unserer Zeitung willkommen sein.

Das Armenrecht ist in der Zivilprozeßordnung, § 114 bis 127, gesetzlich geregelt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen soll es nur bewilligt werden, wenn der Kläger oder der Beklagte außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht aussichtslos erscheint. Daß das Armenrecht schon bei Beeinträchtigung des standesgemäßen Unterhalts bewilligt werden muß, ist also im Gesetz nicht bestimmt. Es muß der notwendige Unterhalt beeinträchtigt werden. Wann das der Fall ist, ist nicht von der Gemeindebehörde, sondern vom Gericht zu entscheiden.

Die Gemeindebehörde hat auf dem vorgeschriebenen Formular nur die Kopfstärke der Familie und deren Vermögen und Einkommen zu bescheinigen. Da in größeren Gemeinden die Behörde für die oberflächliche Feststellung, ob jemand vielleicht ein „Rittergut" oder ein „Bankguthaben" besitzt, etwa 8 Tage braucht, dauert es in der Regel auch so lange bis zur Aushändigung des Unvermögensattestes. Unvermögensattest und Armenschein ist je nach der Bezeichnung in den einzelnen Gegenden ein und dasselbe. Die Gemeindebehörde muß den Armenschein ausstellen. Sie darf ihn selbst dann nicht verweigern, wenn etwas Vermögen oder ein nennenswertes Einkommen vorhanden sein sollte; denn die Prüfung der Frage, ob der notwendige Unterhalt beeinträchtigt wird, ist Sache des Gerichts und richtet sich nicht nur nach Vermögen und Verdienst, sondern auch nach der Höhe der für den Prozeß nötigen Mittel. Ob der Prozeß Aussicht auf Erfolg hat oder nicht, das zu prüfen, ist ebenfalls nur Sache des Gerichts, geht die Gemeindebehörde also nichts an. Sie hat lediglich auf dem Armenschein zu bemerken, für welchen Prozeß er ausgestellt wurde. Lehnt die Gemeindebehörde die Ausstellung des Armenscheins ab, so kann Beschwerde bei der vorgesetzten Instanz (Landrat, Bezirkshauptmannschaft usw.) eingereicht werden.

Mit dem Armenschein ist dem Gericht eine ausführliche Darstellung der Sachlage nebst An[illegible] des Klagegrundes und Bezeichnung der Beweise in doppelter Ausfertigung einzureichen. Das Gericht schickt nämlich, bevor es über den Armenrechtsantrag entscheidet, das zweite Exemplar an die Gegenpartei zur Äußerung. Kann die Gegenpartei die Aussichtslosigkeit des Prozesses nicht nachweisen, und beeinträchtigen die Kostenvorschüsse dafür den notwendigen Unterhalt des Antragstellers, so ist vom Gericht das Armenrecht zu bewilligen; denn dieses wurde geschaffen, um minderbemittelte Prozeßgegner nicht durch finanziell stärkere Prozeßgegner erdrücken zu lassen.

„Nicht aussichtslos" ist auch mit „sicherem Obsiegen" nicht identisch; es genügt vielmehr schon, wenn nach Prüfung des Antrages und der Gegenäußerung noch die Möglichkeit offen bleibt, daß der Antragsteller mit seinem Verlangen oder seinem Standpunkt durchkommen kann. Lehnt das Gericht trotz Bestehens dieser Möglichkeit das Armenrechtsgesuch ab, so kann Beschwerde bei dem nächsthöheren Gericht eingereicht werden.

Durch die Bewilligung des Armenrechts erlangt die Partei die einstweilige Befreiung von den Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten, und es muß ihr, soweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte ein Rechtsanwalt oder eine rechtskundige Justizperson beigeordnet werden. Der Anwalt oder die Justizperson wird vom Gericht bestimmt. Dieses soll die Anwälte für die Armenrechtsprozesse der Reihe nach aus seiner Liste nehmen. Die Reihenfolge darf nur dann unterbrochen werden, wenn von dem Antragsteller ein diesbezüglicher Wunsch geäußert worden ist und hierfür triftige Gründe geltend gemacht werden.

Daß die [illegible]menanwälte, wenn vom Gewinner und Verlierer nichts zu holen war, für ihre Arbeit nichts erhielten und Fahrgeld und Porto noch dazu aus eigener Tasche zahlen mußten, ist von der Republik geändert worden. Heute bekommt der Armenanwalt notfalls seine gesetzlichen Gebühren aus der Gerichtskasse. Es besteht nur die Einschränkung, daß sie nicht höher als nach 2000 Mark berechnet werden dürfen. Infolge der Bezahlung aus der Gerichtskasse ist es heute auch nicht mehr so, daß die Rechtsanwälte die Armenrechtsprozesse nicht haben wollen oder, wenn sie sie bekommen, schwimmen lassen, sondern sie sind bei der starken Konkurrenz meist froh, wenn sie welche bekommen.

Die Bewilligung des Armenrechts erfolgt für jede Instanz besonders, doch kann es zu jeder Zeit entzogen werden, wenn sich herausstellt, daß eine Voraussetzung zur Bewilligung nicht vorhanden war oder nicht mehr vorhanden ist.

Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten und die Honorierung des Rechtsanwalts werden, wie vorstehend schon durch Sperrdruck deutlich gemacht ist, der armen Partei nur vorläufig erlassen. Verliert diese den Prozeß, so muß oder soll sie die ganzen Kriegskosten, also nicht nur die des Gerichts, sondern auch die des eigenen Anwalts und der gegnerischen Partei bezahlen. Alle diese Kosten dürfen aber am Lohn oder Gehalt nur insoweit abgezogen werden, als zur Zeit monatlich 195 Mark überschritten werden. Str.

Literarisches.

„Die Praxis der Betriebsräte im Aufsichtsrat". 2. Heft der wirtschaftspolitischen Schriften des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Freier Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW 40, Werftstr. 7. 36 Seiten. Preis 1,25 Mk., für Organisationsmitglieder 80 Pf. Der Allgemeine freie Angestelltenbund veröffentlicht in dieser Broschüre Lehren und Erfahrungen, die er in Zusammenarbeit mit Hunderten von Betriebsräten im Aufsichtsrat in vierjähriger Praxis und Schulungsarbeit gesammelt hat. Da der Allgemeine freie Angestelltenbund der wirtschaftspolitischen Schulung seiner Funktionäre seit Jahren große Aufmerksamkeit geschenkt hat, verdienen die in der Broschüre wiedergegebenen Feststellungen besondere Beachtung.

„Der Eindringling". Wenn Vicente Blasco-Ibanez nur den einen Roman „Der Eindringling" geschrieben hätte, dieses eine Werk würde genügen, seinen Namen unvergänglich zu machen. Dieser große Rebell und Republikaner unter den Schriftstellern Spaniens greift in diesem Roman die Jesuiten mit einer Schärfe an, die von der tiefen Kenntnis dieses Ordens und von der Erkenntnis seiner Gefährlichkeit für die fortschrittliche Entwicklung der Menschheit ausgeht. Die Kühnheit, mit der Ibanez den Jesuiten auf den Leib rückt, ist um so bewunderungswürdiger, als der Dichter selbst in einem Lande lebte, das von der katholischen Kirche beherrscht wird. Ibanez kannte die Jesuiten seines Landes, er hatte ihre Geschichte studiert und ihren Einfluß auf die soziale Struktur des Landes beobachtet. Überall, so konnte er feststellen, überall dort, wo Reichtum emporwächst, dort nisten sich die Jesuiten ein und unterminieren auf dem Umweg über die Frauen das gesamte Gesellschaftsgebäude. Es gelingt ihnen, die Familien der Reichen zu beherrschen und damit die Hand zu legen auf den Profit, der diesen Familien Glanz und Reichtum gibt. Aber wo Profit ist, dort ist auch Ausbeutung und Elend, dort wächst auch der Groll gegen die „heiligen" Nutznießer der Ausbeutung. Der Schauplatz des Romans „Der Eindringling" ist Bilbao, und Ibanez zeichnet mit der ganzen Kunst seiner Sprache den ungeheuren Gegensatz zwischen den Palästen der Unternehmer und der Jesuiten und den grauenhaften Hütten der Arbeiter in den Erzbergwerken, den Gegensatz zwischen den gepflegten Kirchen mit den lächelnden Heiligenbildern und dem finsteren Gebrüll der Stahlwerke und des Hafens. Dieser Gegensatz ist es, der dem Roman die Spannung gibt, eine Spannung, die nur mit einer Explosion enden kann: es kommt zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen fanatisierten Anhängern der „Heiligen Jungfrau von Biskaya" und demonstrierenden Arbeitern, der zwar keine Entscheidung bringt, aber bereits eine Folge nicht minder heftiger Angriffe gegen die Kutten, die das Licht verhängen wollen, ankündigt. Erbitterte Burschen reißen die Heiligenbilder aus den Häusernischen und werfen sie in den Fluß, und dieses Schauspiel wird dem Dichter zur Vision einer sich von ihren Irrtümern erlösenden Menschheit. Das aufrüttelnde Buch ist als Dreimarkband in der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, erschienen. Diese Gemeinschaft werktätiger Buchleser plant die Herausgabe der gesammelten Werke des großen Spaniers. Der früher erschienene Roman „Sumpffieber" und „Der Eindringling" lassen den weiteren Büchern von Ibanez mit dem stärksten Interesse entgegensehen.

❖ ❖ Unterhaltung, Wissen und Bildung ❖ ❖

Wie man einen Schwiegersohn gewinnt.

Humoreske von Ernst Hallenstein.

„Die Ehe ist eine Vereinigung zweier harmonisch gleichgestimmter Seelen!"

Es gibt aber noch immer bösartige Menschen, die gerade das Gegenteil behaupten wollen. Da ich aber auf solchen Klatsch nichts gebe, ging ich selbst auf Erkundigungen aus, und siehe da, von jedem Ehepaar wurde mir der Bescheid, daß ihre Ehe eine restlos glückliche sei, in der es keine Meinungsverschiedenheiten gäbe.

Na also! Wußte ich es doch gleich, daß alles nur Verleumdung war. Aber wie es eben keine Regeln ohne Ausnahmen gibt, so gab es auch eine regelrechte Ausnahme im Hause des Buchbinders Kranefuß.

Es wäre ja nun auch wieder eine Verleumdung, wollte man behaupten, daß Kranefuß und Frau, geborene Lerche, kein glückliches Ehepaar wären.

Trotzdem aber gab es einen Punkt, in dem sie sich nicht einigen konnten, und diese Tatsache gebar einen Mißton in ihrer Harmonie. Und das kam so:

Seitdem Papa Kranefuß unvorsichtigerweise Schillers „Wilhelm Tell" gelesen hatte, ergriff ihn eine unabweisbare Sehnsucht nach der Schweiz und ihrer Umgebung. Um aber diese Sehnsucht zu stillen, fehlte es Papa Kranefuß am Wichtigsten. Ihm fehlte es an Geld. Seine Mittel reichten nicht einmal bis zur Sächsischen Schweiz. — Und nun etwa gar als blinder Passagier — nein — für eine Reklamerundreise durch alle illustrierten Zeitungen konnte er sich absolut nicht entschließen.

Da kam ihm plötzlich eine rettende Erleuchtung, hervorgerufen durch das alte Sprichwort: „Wer nichts gewinnt und nichts ererbt, der bleibt ein armes Luder, bis er stirbt!" — Zu erben hatte er keine Aussicht, denn seine ganze Verwandtschaft, er mit einbegriffen, gehörte zu der sogenannten verarmten Seitenlinie. Es blieb also als letzter Ausweg ein Lotteriegewinn, oder aber er mußte auf die Schweiz und ihre Umgebung verzichten.

Also ein Los! —

Leicht gesagt und schwer getan, denn Frau Kranefuß, die geborene Lerche, war eine Feindin jedes Lotteriespiels, denn, pflegte sie zu sagen, das Geld wird viel zu schwer verdient, um es für etwas Ungewisses hinauszuwerfen.

Es mußte also heimlich geschehen, sagte sich Papa Kranefuß.

Er kaufte sich also ein Los und verbarg es in seinem Bücherschrank zwischen den Blättern des Kochbuches seiner Frau. Nach seiner Meinung konnte das Los nirgend sicherer ruhen, denn ins Kochbuch gucken die modernen Frauen nie mehr hinein.

Nun wollte es aber das Unglück, das bekanntlich sehr schnell reitet und bisher alle Rekorde gebrochen hat, daß die Familie Kranefuß seit vier Tagen eine neue Köchin hatte, die sich von der „Gnädigen" noch des öfteren unterweisen lassen mußte.

Armer Adolar! (Ja, ja, trotz deines Entsetzens lieber Leser, Papa Kranefuß hieß so!) Schon am nächsten Tage hatte das Schicksal gegen ihn entschieden. Warum aß er auch so gern Sardellensoße?! —

Ausgerechnet zwischen Sandtorte und Sardellensoße lag das unglückliche Glückslos.

Frau Kranefuß, geborene Lerche, raste, als sie das Los fand, hauptsächlich darüber, daß ihr Adolar es wagte, gegen ihr Verbot zu handeln. Sie nahm das Los an sich und freute sich jetzt schon (wie häßlich) darauf, den Schreck und die Verlegenheit ihres Mannes zu genießen.

Und sie genoß ausgiebig, denn der arme Adolar geriet in Verzweiflung über den Verlust des Loses und die zerronnenen Aussichten, die Ansichten der Schweiz bewundern zu können.

Er hatte die Miene einer gereizten Bulldogge!

Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß der Mensch den Splitter im Auge seines Nebenmenschen wohl sieht, aber nicht den Balken in seinem eigenen Auge. So war es auch bei der verehelichten Kranefuß der Fall. Sie verbot zwar ihrem Gatten das Lotteriespiel, sie selbst aber spielte schon lange, und zwar leidenschaftlich. Da noch dazu der verschwiegene Kollekteur als Handlanger des launigen Schicksals im selben Hause wohnte, mußte er beiden Ehehälften je ein Viertel derselben Nummer in die Hand zu spielen, damit bei etwaigem Gewinn das Glück doppelt wäre.

Die geborene Lerche jubelte ob ihres Triumphes, ihren Gatten bei seiner, von ihr verbotenen Leidenschaft ertappt zu haben. Weniger vom Jubel war allerdings das Töchterchen des Hauses erfüllt (dessen Existenz ich unhöflicherweise bisher verschwieg). Sie war, wie sich das in ihren Jahren so gehört, verliebt und heimlich verlobt.

Ihr stiller Kompagnon in der Liebe hatte gerade heute die an sich schöne Absicht, um die Hand des Töchterchens anzuhalten.

Die Eltern waren gerade nicht zugegen, und so hatte das heimliche Brautpaar mit ihrer unheimlichen Liebe die beste Gelegenheit, sich ungestört auszusprechen. Und das war für das Töchterchen äußerst wichtig, um ihrem Fritz beraten zu können, heute mit ihrem Papa zu sprechen, da derselbe wegen des Losverlustes in einer sehr ungünstigen Laune sei.

Sie erzählte Fritz alles.

Eine drückende Schwüle legte sich infolge dieser Erzählung auf die sonst so frohe Stimmung des jungen Paares, und da man bei ernstem Nachdenken stets auf und ab zu gehen pflegt, so taten sie dies auch.

Plötzlich blieb Fritz stehen und sagte: „Dein Vater soll nur nicht vergessen, bei dem Kollekteur seine Nummer gleich sperren zu lassen, damit bei einem etwaigen Gewinn nicht ein Unberechtigter denselben beheben kann."

„Ach, Fritz", jammerte seine zukünftige Gattin, „Papa hat ja seine Losnummer nicht mehr im Gedächtnis, er hat sie vergessen, das ist das schlimmste!"

Da strahlte Fritzens Auge plötzlich, als ob er das Jawort der Eltern bereits in der Tasche hätte, und er rief: „Im Gegenteil, mein Schatz, das ist das Beste, was uns passieren konnte!"

Verständnislos blickte seine Braut ihn an: „Ich verstehe dich nicht, Fritz!"

„Du wirst mich gleich verstehen, Liebling. Du sagst, dein Vater habe die Nummer seines Loses nicht mehr in Erinnerung. Er würde sich also nicht wundern, eine andere Losnummer im Kochbuch zu finden!? — Ich spiele nämlich auch ein Viertel in der Hamburger Lotterie (Nr. 1927), gewonnen habe ich aber leider bis jetzt noch nichts. Wer weiß, vielleicht gewinne ich diesmal dich, wenn dein Vater durch mein Los, welches er für das seine hält, wieder in gute Laune versetzt wird."

Nachdem der gute Fritz sein Los opferfreudig im Kochbuch versteckt hatte, trennten sich beide in der frohesten Hoffnung auf den morgigen Ziehungstag.

Papa Kranefuß hatte eine unruhige Nacht. Zentnerschwer lagen ihm die Nieten auf der Brust und verursachten ihm Alpdruck. Als er erwachte, war seine Morgenstimmung grau in grau. Madame Kranefuß dagegen trug an diesem Morgen eine reichlich unschöne Schadenfreude zur Schau.

Nachdem das von allen Seiten ziemlich wortkarge Frühstück zu Ende war und Papa Kranefuß allein in seinem Zimmer saß, schlich sich sein Töchterchen mit möglichst unschuldiger Miene an ihn heran und fragte mit der Träne des Mitleids im Ton, ob er denn nicht noch einmal im Kochbuch nachgesehen habe.

„Einmal?!?! Mindestens zehnmal in jeder Stunde, mein Kind, sogar mitten in der Nacht sprang ich aus dem Bett und sah nach zwischen Sandtorte und Sardellensoße!"

Er riß den Bücherschrank auf, nahm das Kochbuch heraus und warf es ärgerlich auf den Schreibtisch vor die Tochter hin.

„Da versuche du dein Glück, ich bin zu Ende mit meinem Latein!"

Mit spitzbübischem Lächeln warf sich die Tochter auf das Kochbuch, das sie zum ersten Male in die Hand bekam, und blätterte mit scheinbarem Eifer fieberhaft in demselben.

Plötzlich schrie sie laut auf: „Papa!! Hurra!! Das ist ja das Los! Ich wußte es ja, du hast eben nicht genau nachgesehen."

Papa Kranefuß bebte wie eine Zitterpappel vor freudiger Aufregung und stammelte: „Ja, wie ist denn das nur möglich, ich habe doch so genau nachgesehen!?!"

„Ja, das glaube ich dir gerne, Papa, aber nur an einer falschen Stelle, denn hier lag es zwischen Eisbein und Erdbeereis!"

Papa Kranefuß starrte die Nummer des Loses an — 1927 —!! „Und so eine schöne Nummer habe ich mir nicht merken können. Aber nun laufe schnell hinunter mein Kind, und hole die Ziehungsliste!"

Zehn Minuten später saßen Vater und Tochter eng aneinandergeschmiegt am Schreibtisch und studierten die Ziehungsliste. Nach fünf Minuten etwa durchfuhr ein so lauter Jubelschrei der Tochter das Zimmer, daß die geborene Lerche, ihre Mutter, den Kopf durch die Türe steckte und verwundert fragte: „Was ist denn hier los??"

„Mama! Das Los ist los! Komm schnell herein. Denke nur, Papa hat 30 000 Mk. gewonnen! Hier steht's!!"

Angstlich sah Kranefuß seine Frau an und sagte stotternd: „Nimm mir's nur nicht übel, Auguste, daß ich jetzt ein reicher Mann bin!"

Übelnehmen!? Wie könnte ich das, mein lieber Adolar, wo ich doch mein eigenes Lotterie-Verbot übertreten habe. Denke dir, ich habe auch ein Viertel von deinem Los gespielt, so daß wir zusammen 60 000 Mk. gewonnen haben!

„Was!? — Wie!?" rief Adolar, „du hast — —"

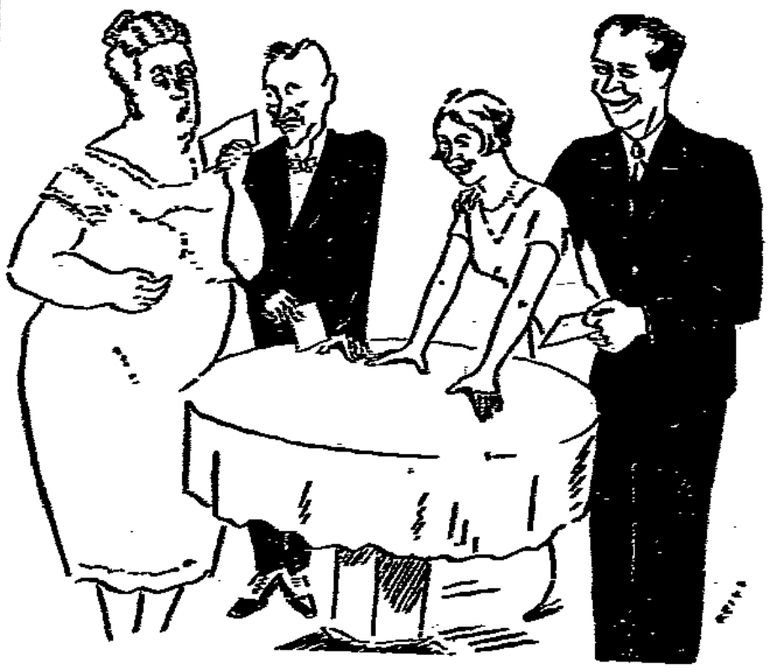
„— — — auch gespielt, lieber Mann, da, sieh her, 28 712 — — — —"

„Was denn? Wie denn?" stammelte Adolar, „28 712 hat doch gar nicht gewonnen, gewonnen hat doch 1927!"

„Aber wieso denn, das Los, welches ich aus dem Kochbuch nahm, war doch 28 712!"

Adolar wurde bleich und Auguste gab ihm in der Couleur wenig nach.

„Was", schrie Adolar, „du hast . . . Ja, wem gehört denn dann dieses Los?!"



„Verzeihung, das gehört mir!" sagte der inzwischen eingetretene Fritz.

„Ihnen??", rief wie aus einem Munde das enttäuschte Elternpaar. „Ja, wer sind Sie denn??"

Ich bin nicht nur der glückliche Besitzer dieses Loses, sondern hoffentlich auch bald der noch viel glücklichere Besitzer ihrer Tochter!"

Adolar sowie die geborene Lerche waren sprachlos.

Um so sprachgewandter war das junge Paar. Sie klärten die Eltern über alles auf, und diese gaben, damit die 30 000 Mk. in der Familie blieben, bereitwilligst ihren Segen. Auguste hob das Spielverbot auf. Die Eltern sahen ein, daß man auch ohne Los etwas gewinnen kann, und wenn auch nur einen Schwiegersohn.

Adolar aber erhob aus Dankbarkeit das Eisbein mit Erdbeereis zu seiner Lieblingsspeise!

In Indien wird gestreikt.

Von C. J. Klötzel.

Das tausendjährige Indien, das Land der Dichter, Philosophen und Maharadschas, das Land des lächelnden Buddha, der geheimnisvollen Fakire, kostbaren Edelsteine und prunkvollen Tempel, ist dem Europäer vertraut. Die neue Zeit spielt jedoch eine neue Weise. In Indien ist eine in ihren Folgen nicht abzusehende „lautlose Revolution" am Werke, für die uns ein bei F. A. Brockhaus gerade erschienenes Buch von C. J. Klötzel „Indien im Schmelztiegel" (mit 56 Abbildungen und einem Autogramm Gandhis, geheftet 6,— Mk., Ganzleinen 7,— Mk.) die Erklärung zu geben vermag. Das Buch bringt auf fast jeder Seite irgendeine neue, überraschende Feststellung, so daß der Leser am Schluß ein gänzlich verändertes Bild Indiens erhalten hat. Wir entnehmen dem Werk, das in den Tagen des indischen Kampfes um die Unabhängigkeit auf ein besonderes Interesse stoßen dürfte, mit Genehmigung des Verlages einen Abschnitt.

In Bombay ist ein Streik der „Girni Kamgar", der radikalen Textilarbeitergewerkschaft, ausgebrochen. Die Fabriktore sind geschlossen, vor jedem stehen ein paar indische Polizisten. Sie tragen Uniformrock und „shorts" aus derbem, blauem Leinen, einen kleinen gelben Turban, keck aufs linke Ohr geschoben, ihre nackten Füße stecken in absatzlosen Schuhen aus rotem Leder. Außer mit dem kurzen Gummiknüppel sind sie heute mit Lathis ausgerüstet, das sind etwa dumendicke, zwei Meter lange Stöcke. Eine wirkliche Waffe gibt man indischen Polizisten wohlweislich nie in die Hand. Nur ihre Offiziere, meistens Mohammedaner, tragen einen schweren Dienstrevolver.

Die Ausfallstraße vom Zentrum Bombays nach Parel ist ein breiter, ganz europäisch anmutender Boulevard. Dieser Boulevard ist fast menschenleer. Wo er auf einen Platz mündet, steht völlig vereinsamt eine englische Feldwache. Man hat ein mäßig großes Viereck mit Stricken abgegrenzt. In der einen Ecke steht ein Posten vor Gewehr. Die übrigen Tommy sitzen und liegen auf einigen Feldbetten. Die beiden jungen Offiziere haben sich bequeme Liegestühle mitgebracht. Über dem Ganzen hängt, an Bäumen und Straßenbahnmasten festgebunden, ein Zeltdach als Sonnensegel. Es sieht nicht sehr kriegerisch aus. Aber im Hintergrund steht ein großes Lastauto mit zwei Maschinengewehren.

Erst wenn man in die Seitenstraßen kommt, merkt man etwas vom Streik. Das Bild ist für europäische Augen sehr seltsam. Man sieht zum Beispiel in eine lange, abschüssige Straße hinein. Die eine Straßenseite ist, wie es scheint, völlig leer, nur kleine Gruppen von Polizisten stehen in unregelmäßigen Zwischenräumen beieinander. Die andere Seite aber ist erfüllt von einem unabsehbaren Gewimmel weißgekleideter Menschen, das ab und zu unterbrochen wird von dunkleren Gruppen. Alle diese Menschen hocken am Boden. Alle sprechen sie miteinander. Wie das leise Donnern einer sanften Brandung liegt es über der Straße.

Das sind die Streikenden. Sie haben sich, nach Belegschaften geordnet, ihren Fabriken gegenüber niedergelassen — eine sehr bezeichnende Art der Demonstration. Die dunkleren Flecke in der Menge sind Gruppen von Arbeiterinnen in ihren zum Teil sehr bunten Gewändern. Man ist gekommen, um rückständigen Lohn zu fordern. Der Arbeitslohn wird in Indien monatlich ausgezahlt, und zwar erst am Zehnten des folgenden Monats. Diese Maßnahme wird von den Fabriken offiziell mit der Schwierigkeit begründet, die Lohnlisten rechtzeitig aufzustellen; in Wirklichkeit liegt ihnen an den sehr beträchtlichen Zinsgewinnen, die sie durch so verspätete Zahlung einheimsen. Außerdem soll durch dieses System ein Streik erschwert werden. Tatsächlich weigern sich die Unternehmer jetzt, den von den Streikenden erarbeiteten Lohn zu zahlen. Sie verlangen Arbeitsaufnahme, dann wollen sie, nach Verlauf weiterer zehn Tage, die Löhne für den letzten Monat auszahlen. Die Girni-Kamgar-Gewerkschaft hat ihre Mitglieder angewiesen, täglich vor den Fabriken zu erscheinen und dort in dieser lautlosen Weise zu demonstrieren. Wie zwei sehr nahe gerückte Fronten im Felde liegen sich die Gegner gegenüber. Auf der einen Seite die Fabriken hinter fest geschlossenen Toren, vor denen die Polizisten Wache halten, auf der anderen Seite die Tausende der demonstrierenden Streiker. Auf dem Fahrweg dazwischen, dem „Niemandsland", patrouillieren die Polizeioffiziere.

Das Streikbüro der Girni-Kamgar-Union — wörtlich: Textilarbeitergewerkschaft — liegt direkt an dem großen Boulevard, in einem großen Mietshaus. Sie hat dort ein paar Räume, aus einem Fenster der Straßenfront hängt eine kleine rote Fahne.

In den winzigen Räumen drängen sich ein paar Dutzend Menschen. Mir fällt auf, daß sie alle jung sind, voller Aktivität und von jener Geweckheit der Gesichtszüge, die den gebildeten Inder so deutlich von der Masse der primitiven Landleute abhebt. Man behandelt mich höflich, aber begreiflicherweise mißtrauisch. Niemand will sich mit mir in ein Gespräch einlassen. Man sagt, ich solle warten, es käme bald jemand, der mir jede gewünschte Auskunft geben werde. Endlich kommt dieser Jemand. Er ist zu meiner maßlosen Verblüffung ein junger — Engländer. Er bittet mich um meinen Paß, prüft ihn sehr genau, ist dann aber offenbar überzeugt, daß ich kein englischer Spion bin.

Hugh Lester Hutchinson, Journalist, radikaler Sozialist, ein ebenso glänzender Redner wie ausgezeichneter Schriftsteller, ist einer jener wenigen Angelsachsen, die sich in Indien „auf die andere Seite geschlagen" haben, von ihren Landsleuten mit Haß verfolgt, von den Indern heiß geliebt werden und die, so gering ihre Zahl auch ist, in der indischen Freiheitsbewegung eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Das berühmteste Beispiel ist Anni Besant, die Gründerin der theosophischen Bewegung, die als einzige Europäerin sogar einmal Präsidentin des Allindischen Nationalkongresses war. Dr. Jabez T. Sunderland, in England geboren, in Amerika beheimatet, kämpft seit Jahrzehnten in Wort und Schrift für die Freiheit Indiens, unter der Devise Lincolns: „No nation is good enough to rule another nation." Sein kürzlich erschienenes Werk: „India in Bondage" wurde in Indien sofort verboten; sein Besitz wird als Hochverrat geahndet. Der amerikanische Missionar C. F. Andrews, dessen Briefwechsel mit Tagore Aufsehen erregt hat, gehört ebenfalls in die kleine Schar europäischer Verteidiger Indiens.

Ob Hutchinson organisierter Kommunist ist, weiß ich nicht, jedenfalls bewegen sich seine Gedankengänge stark in den Bahnen des Sowjet-Evangeliums. Er kam nach Indien gerade in dem Augenblick, als ein indischer Kommunist, Danga, verhaftet worden war. Danga hatte ein kleines radikales Blatt herausgegeben: „The Spark." Hutchinson führte es als „The New Spark" weiter. Er agitierte in der Jugendbewegung, in deren Kreisen er äußerst beliebt war. Er stellte sich der Girni-Kamgar-Gewerkschaft zur Verfügung, als sie den Streik organisierte. Die Regierung konnte ihn nicht ausweisen; als Engländer hatte er ein Recht, sich in Indien aufzuhalten. Eines Tages verhaftete man ihn und schickte ihn nach Meerut, einem kleinen Ort in der Nähe Delhis, wo ein Prozeß gegen mehr als 30 „Hochverräter" stattfinden sollte, unter andern auch gegen Danga. Bei der Haussuchung fand man eine Visitenkarte von mir. Darauf begab sich der Chef der Geheimpolizei von Bombay persönlich zum deutschen Konsul, um sich zu vergewissern, daß ich kein Agent Sowjetrußlands sei.